

**Es gibt
viele
Schlüssel,
aber
man
braucht
nur
einen -
nämlich den,**



der paßt

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

WISSEN UND TAT

Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus

18. Jahrgang

Sondernummer Juni 1963

Einzelpreis 50 Pf

Der Weg zur Rettung des Friedens, zum Schutz der demokratischen Rechte, zu sozialer Sicherheit

Programmatische Erklärung
der Kommunistischen Partei Deutschlands

Beschlossen vom Parteitag der KPD 1963

Getreu ihrem Grundsatz „Alles mit dem Volk, alles für das Volk“ wendet sich die Kommunistische Partei Deutschlands an die Arbeiter, Bauern und Geistesgeschaffenden, an die Frauen und die junge Generation, an alle, die den Frieden und die Zukunft der Nation bewahren, Demokratie und soziale Sicherheit erringen wollen.

Die KPD tritt mit dieser Programmatischen Erklärung zu einem Zeitpunkt vor die Bevölkerung der Bundesrepublik, da die „Politik der Stärke“ in einer tiefen Krise steckt. Wir Kommunisten haben stets vor den Gefahren dieser abenteuerlichen Politik gewarnt. Ihre Aussichtslosigkeit wurde spätestens mit den Sicherungsmaßnahmen der DDR am 13. August 1961 sichtbar. Sie mußte an den politischen Realitäten, an dem veränderten Kräfteverhältnis in der Welt und in Deutschland scheitern. Irreal war und ist die Spekulation, mit dem Anschluß an die NATO und durch die Atomrüstung die Sowjetunion zu erpressen und die Deutsche Demokratische Republik „zur Kapitulation zu zwingen“. Irreal war und ist die Forderung nach Revision der Oder-Neiße-Grenze und die Fortsetzung des Hitlerschen „Dranges nach dem Osten“. Irreal war und ist die Absicht, durch Sabotage und Störtätigkeit die sozialistische Entwicklung in der DDR aufhalten zu können.

So mußte die „Politik der Stärke“ immer mehr in Widerspruch zu den friedlichen, nationalen und sozialen Interessen des Volkes geraten. Sie brachte nicht Sicherheit, sondern erhöhte Kriegsgefahr, nicht Wohlstand für alle, sondern Riesenprofite für das Großkapital, für das werktätige Volk aber steigende Rüstungslasten und zunehmende soziale Unsicherheit. Sie führte nicht zur Wiedervereinigung, sondern vertiefte den Graben, der die beiden deutschen Staaten trennt.

Hier liegen die Ursachen der dauernden Krise der Regierung und der Führung der CDU/CSU. Der Wechsel von Personen kann die weitere Vertiefung dieser Krise nicht verhindern, wenn die alte Politik fortgesetzt wird. Die Schlußfolgerung kann nur lauten:

Weg mit der „Politik der Stärke“!

Für eine neue Politik, die von den Tatsachen ausgeht und von den Lebensinteressen des Volkes bestimmt ist!

Um ihre geschwächte Position zu halten und ihre bankrotte Politik auch gegen den Willen des Volkes fortzusetzen, nehmen die Vertreter der Gewaltpolitik nach außen und innen Kurs auf die Beseitigung der noch vorhandenen bürgerlich-demokratischen Rechte und Freiheiten, auf Notstandsgesetze und die Errichtung einer reaktionär-militaristischen Diktatur. Diese Pläne zu durchkreuzen, ist jetzt die Aufgabe jeder verantwortungsbewußten Politik der Arbeiterklasse und aller demokratischen Kräfte.

Das Streben nach neuen Wegen in der Politik findet seinen Ausdruck in dem Widerstand gegen die Atomrüstung und in der Forderung nach einer

eigenen Abrüstungsinitiative der Bundesrepublik. Es zeigt sich in dem Verlangen, das Verhältnis zur Sowjetunion und zu den anderen sozialistischen Staaten zu verbessern und durch die Anerkennung der bestehenden Grenzen auch vernünftige Beziehungen zur Volksrepublik Polen und zur CSSR herzustellen. Es mehren sich die Stimmen der Vernunft, die von der Realität der zwei deutschen Staaten ausgehen und für eine Versachlichung der Beziehungen zur DDR eintreten.

Die Arbeiterklasse und die demokratischen Kräfte haben begonnen, ihre Entschlossenheit zum Schutz der Volksrechte zu bekunden. Das zeigt der Widerstand gegen die Notstandsgesetze, der Kampf für die Tarifautonomie der Gewerkschaften, für das Koalitions- und Streikrecht. Das drückt sich aus in der Forderung, den Staatsapparat von den Verantwortlichen an den Verbrechen der Nazidiktatur zu säubern, und in der Verteidigung der Meinungs- und Pressefreiheit.

Einen neuen Abschnitt im Kampf der Arbeiterklasse hat der große Streik der Metallarbeiter eingeleitet. Die eigenen Erfahrungen haben die Arbeiter den Zusammenhang zwischen ihren sozialen Forderungen und der Notwendigkeit des Kampfes gegen den Rüstungs- und Notstandskurs gelehrt. Die brutale Aussperrung hat den Arbeitern gezeigt, was von dem Schlagwort der „Sozialpartnerschaft“ und den Reden über „Klassenharmonie“ zu halten ist. Der erfolgreiche Kampf gegen Lohnstopp und Aussperrung beweist, daß die Arbeiterklasse den vereinten Angriffen des Monopolkapitals und seiner Regierung widerstehen und ihre Forderungen durchsetzen kann, wenn sie geeint und entschlossen handelt. Das ist die entscheidende Lehre für die kommenden Klassenauseinandersetzungen.

Die Bevölkerung der Bundesrepublik steht am Kreuzweg der Entscheidung zwischen friedvollem Leben oder vernichtendem Krieg, Demokratie oder militaristischer Unterdrückung. Die KPD hat an den Schnittpunkten der geschichtlichen Entwicklung stets die Zeichen der Zeit erkannt. Sie hat stets die Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes, die Sache des Friedens und der Demokratie verfochten. Deshalb wurde sie von den Feinden des Friedens und der Freiheit verboten; deshalb werden die Kommunisten verfolgt. Auch jetzt weist die KPD der Arbeiterklasse und dem Volk den Weg zu neuem Beginnen, zu einer besseren Zukunft:

Der verhängnisvolle Kurs der Atomrüstung und der Notstandsgesetzgebung muß beendet, eine Politik der friedlichen Koexistenz und der Verständigung mit der DDR durchgesetzt, das Grundgesetz und jedes verfassungsmäßige demokratische Recht verteidigt werden. Die Lebensinteressen und die geschichtliche Verantwortung der Arbeiterklasse erfordern, die Einheit ihres Handelns zu verwirklichen und mit allen Volkskräften für diese Ziele zusammenzuwirken.

Das ist der Weg, die unheilvolle Macht der Monopole und des Militarismus zurückzudrängen, die Deutschland in zwei Weltkriege gestürzt und dadurch jeden Anspruch auf die Führung der Nation verwirkt haben. So wird die Bahn frei für einen gesicherten Frieden, für Demokratie und sozialen Fortschritt, für die Verständigung der beiden deutschen Staaten und ihre Annäherung in einer Konföderation mit dem Ziel der Vereinigung zu einem einheitlichen friedliebenden Deutschland.

Die Zeit, in der wir leben

Die Entwicklung in der Welt und in Deutschland erweist immer mehr, daß der Kurs der in der Bundesrepublik herrschenden Militaristen nicht mehr in unsere Zeit paßt. Der Gang der Geschichte schafft zunehmend günstigere Bedingungen auch für den Kampf der westdeutschen Bevölkerung um Frieden und friedliche Koexistenz, um ihre demokratischen und sozialen Interessen.

Der Hauptinhalt unserer Epoche ist der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus. Im Mittelpunkt unserer Epoche steht die internationale Arbeiterklasse und das Wichtigste, was sie hervorgebracht hat: das sozialistische Welt-system. Die sozialistischen Länder erhöhen ihren Anteil an der Weltproduktion, festigen und vervollkommen ihre Zusammenarbeit. Die Sowjetunion hat das stärkste kapitalistische Land, die USA, im wirtschaftlichen Wachstumstempo und im Bildungswesen, auf entscheidenden Gebieten der Wissenschaft und Technik überflügelt. Sie ist das führende Land in der Atomtechnik und in der Raumfahrt. Das vom XXII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion beschlossene Programm des Aufbaus der kommunistischen Gesellschaft weist der ganzen Menschheit den Weg in eine helle Zukunft — in eine Welt des Friedens und der schöpferischen Arbeit, der Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit und des Glücks aller Menschen.

Die von Hitler übernommene Politik der Todfeindschaft gegen die Sowjetunion hat unserem Volk nur Unheil gebracht. Es ist höchste Zeit, den dreißig-jährigen kalten und heißen Krieg gegen die Sowjetunion zu beenden. Zwischen der UdSSR und der DDR wurden enge freundschaftliche Beziehungen geschaffen. Die Sowjetunion reicht auch der Bundesrepublik die Hand zur Aussöhnung und Verständigung. Die nationalen Lebensinteressen und die politische Vernunft gebieten, endlich gute und freundschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion, der größten Weltmacht, herzustellen.

Der Imperialismus hat die Macht über die Mehrheit der Menschheit unwiederbringlich verloren. Mit dem Siege der kubanischen Revolution hat die sozialistische Umwälzung auch auf dem amerikanischen Kontinent Fuß gefaßt. Viele Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas errangen im nationalen Befreiungskampf ihre Unabhängigkeit. Das Kolonialsystem zerfällt. Der Imperialismus wird von einer unheilbaren Systemkrise erschüttert, die alle Gebiete des wirtschaftlichen, politischen, geistigen und moralischen Lebens durchdringt.

Die grundlegenden Veränderungen in der Welt, das wachsende Übergewicht der Kräfte des Sozialismus und des Friedens über die Kräfte des Imperialismus und des Krieges haben die reale Möglichkeit geschaffen, die brennendste Frage der Menschheit — Krieg oder Frieden — zugunsten des Friedens zu lösen. Die gemeinsamen Anstrengungen des mächtigen sozialistischen Lagers, der friedliebenden antiimperialistischen und neutralen Staaten, der internationalen Arbeiterklasse und aller Friedenskräfte können einen neuen Weltkrieg verhindern, der bei der Zerstörungskraft der modernen Waffen ganze Völker vernichten würde. Es gibt nur einen Weg zur Rettung der Menschheit vor einem grauenvollen Atomkrieg: die friedliche Koexistenz der Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung.

Friedliche Koexistenz bedeutet: Verzicht auf den Krieg als Mittel zur Lösung internationaler Probleme, Regelung aller internationalen Streitfragen

durch Verhandlungen, Beendigung des kalten Krieges und der Kriegspropaganda, Abrüstung und Entfaltung der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit zwischen den Staaten.

Die friedliche Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung ist die Grundlinie der Außenpolitik der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder. Wir Kommunisten sind dafür, daß der Wettbewerb der beiden Gesellschaftssysteme nicht mit Waffen, sondern mit friedlichen Mitteln, auf wirtschaftlichem, wissenschaftlich-technischem und kulturellem Gebiet ausgetragen wird. Mögen die Völker entscheiden, welche Ordnung die bessere ist! Der Sozialismus will und braucht keinen Krieg, er wird seine Überlegenheit über den Kapitalismus im friedlichen Wettstreit beweisen. Sozialismus und Frieden bilden eine unlösliche Einheit.

Die gesamte Entwicklung der letzten Jahre bestätigt die Notwendigkeit und Möglichkeit der friedlichen Koexistenz, der Lösung internationaler Streitfragen durch Verhandlungen. Das zeigte sich besonders in der schwersten internationalen Krise der Nachkriegsjahre, die von den USA im karibischen Raum ausgelöst wurde. Dank der konsequenten und klugen Friedenspolitik der Sowjetunion, der Entschlossenheit des kubanischen Volkes und der Solidarität der Friedenskräfte in der ganzen Welt konnte die Souveränität des revolutionären Kuba gefestigt und der Weltfriede gerettet werden. Heute gibt es keinen Punkt mehr in der Welt, wo die Imperialisten den Herrschaftsbereich des Sozialismus „zurückrollen“, die Völker, die ihre Freiheit errungen haben und sie entschlossen gegen die äußere und innere Reaktion verteidigen, wieder unterjochen könnten.

Der Imperialismus will sich damit nicht abfinden, er ist und bleibt seinem Wesen nach aggressiv. Die kapitalistischen Monopole, die am Rüstungs- und Kriegsgeschäft profitieren,bürden der Menschheit die ungeheuren Lasten der Atomrüstung auf. Sie verhindern ein Abkommen über die internationale Abrüstung und zwingen so die sozialistischen Staaten, ihre Verteidigungskräfte zu stärken. Wir Kommunisten wenden uns gegen die Täuschung, der Friede könne durch ein „Gleichgewicht des Schreckens“ erhalten werden. Das Wettrüsten kann nie den Frieden bewahren. Der Weg zu Sicherheit und dauerhaftem Frieden ist die von der Sowjetunion vorgeschlagene allgemeine und vollständige Abrüstung unter strenger internationaler Kontrolle. **Wenn die Völker ihre Kräfte vereinen und mit größter Entschlossenheit handeln, werden sie die Kriegstreiber zügeln, eine Politik der friedlichen Koexistenz und der Abrüstung durchsetzen.**

Die DDR verkörpert Deutschlands Zukunft

Die neue Zeit des Sozialismus ist mit der Errichtung der Arbeiter-und-Bauern-Macht und mit dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR auch in Deutschland angebrochen. Die DDR verkörpert den Frieden und die sozialistische Zukunft der ganzen deutschen Nation.

Zum ersten Mal in der deutschen Geschichte hat das werktätige Volk auf dem Boden der DDR den Imperialismus entmachtet und seinen Friedensstaat geschaffen. Nazismus und Militarismus wurden mit ihren Wurzeln beseitigt. Die alten Kampfziele der deutschen Arbeiterbewegung, alles, was nach 1945 von der Arbeiterschaft, von den Gewerkschaften und von Sozialdemokraten auch in Westdeutschland gefordert wurde — die Überführung der

Schlüsselindustrien in Volkes Hand, eine demokratische Bodenreform, die Brechung des Bildungsprivilegs der Reichen, der Aufbau eines von den Verantwortlichen der Nazidiktatur gereinigten demokratischen Staates —, alles das wurde in der Deutschen Demokratischen Republik verwirklicht. Die Voraussetzung dafür war, daß sich die Arbeiterklasse im Osten Deutschlands einigte und sich die beiden Arbeiterparteien zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zusammenschlossen. So konnte die Arbeiterklasse ein enges Bündnis mit den Bauern und den anderen Werktätigen schließen und alle demokratischen Kräfte um sich scharen.

Die Deutsche Demokratische Republik ist das Bollwerk des Friedens in Deutschland. Die Regierung der DDR tut alles, um durch eine Politik der friedlichen Koexistenz, durch Entspannung und Abrüstung dem ganzen deutschen Volk den Frieden zu sichern. Sie schlägt vor, einen deutschen Friedensvertrag abzuschließen und eine Konföderation beider deutschen Staaten zu schaffen. Damit weist sie den realen Weg zu einem geeinten friedliebenden und demokratischen Deutschland.

Mit dem wirksamen Schutz ihrer Grenzen am 13. August 1961 hat die DDR militärische Provokationen der westdeutschen Imperialisten vereitelt und einen Bruderkrieg verhindert. Seither überzeugen sich auch in der Bundesrepublik immer mehr Menschen von der Aussichtslosigkeit der Politik der Gewalt gegenüber der DDR und von der Notwendigkeit des friedlichen Miteinanderlebens der beiden deutschen Staaten.

Die Politik der DDR geht davon aus, daß die Beziehungen der beiden deutschen Staaten auf den Prinzipien der friedlichen Koexistenz beruhen müssen. Der Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, hat auf dem VI. Parteitag der SED ein Abkommen der Vernunft und des guten Willens vorgeschlagen, das eine reale Grundlage für Verhandlungen und für die Verständigung beider deutscher Staaten bildet. Es sieht vor:

1. Respektierung der Existenz des anderen deutschen Staates und seiner politischen und gesellschaftlichen Ordnung. Feierlicher Verzicht auf Gewaltanwendung in jeder Form.
2. Respektierung der Grenzen des anderen deutschen Staates. Feierlicher Verzicht auf alle Versuche und Bestrebungen, diese Grenzen anzutasten oder zu verändern.
Fixierung und Festigung auch der bestehenden deutschen Grenzen nach außen.
3. Feierlicher Verzicht auf die Erprobung, den Besitz, die Herstellung und den Erwerb von Kernwaffen sowie auf die Verfügungsgewalt über sie.
4. Rüstungsstopp in beiden deutschen Staaten, verbunden mit der Verpflichtung, die Ausgaben für militärische Zwecke nicht zu erhöhen. Weitere Vereinbarungen über die Abrüstung in beiden deutschen Staaten.
5. Gegenseitige Anerkennung der Reisepässe und der Staatsbürgerschaft der Bürger beider deutscher Staaten als Voraussetzung für eine Normalisierung des Reiseverkehrs. Unterlassung jeder Diskriminierung und nicht gleichberechtigten Behandlung der Bürger beider deutscher Staaten im In- und Ausland.
6. Herstellung normaler sportlicher und kultureller Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten.

7. Abschluß eines Handelsvertrages zwischen den Regierungen beider deutscher Staaten mit dem Ziel, den Handel zwischen ihnen zu erweitern und zu entwickeln.

Mit der Aufforderung an alle gesellschaftlichen Kräfte der Bundesrepublik, diese Gedanken sachlich zu prüfen und eigene Vorschläge zu machen, hat die DDR ihre unbedingte Bereitschaft zur Verständigung, zu Kompromissen im Interesse des Friedens unseres Volkes bewiesen. In ihrer Politik finden die Forderungen Ausdruck, die auch von verantwortungsbewußten Menschen der Bundesrepublik immer wieder erhoben werden.

Die eigenen Interessen der Arbeiterklasse und aller friedliebenden Menschen in der Bundesrepublik erfordern, daß sie sich dem gewissenlosen Haßfeldzug gegen den Arbeiter- und Bauernstaat widersetzen und alle Provokationen und Gewaltakte gegen die DDR verhindern. Wie die Bevölkerung der DDR durch den Aufbau des Sozialismus und ihre Friedenspolitik ihrer nationalen Verantwortung gerecht wird, so müssen die friedliebenden Kräfte der Bundesrepublik durch den entschlossenen Kampf gegen den Militarismus und für die Verständigung mit der DDR ihren Beitrag zum Frieden leisten.

In der DDR regiert nicht mehr der Wille einiger Millionäre, sondern der Wille der Millionen arbeitender Menschen. Die sozialistische Demokratie sichert dem Volk die volle Selbstbestimmung und Selbstverantwortung in Staat, Wirtschaft und Kultur. In den gewählten Volksvertretungen, im Staatsapparat, in der Regierung wirken bewährte Vertreter der Arbeiter, der Bauern, der Geistes-schaffenden, der Handwerker. Sie sind ihren Wählern rechenschaftspflichtig und können jederzeit von ihnen abberufen werden. In der DDR gilt der Grundsatz: Plane mit, arbeite mit, regiere mit!

Wo immer die Arbeiterklasse und die Demokraten in der Bundesrepublik für die Rechte und Freiheiten des Volkes, für die Mitbestimmung der Werktätigen in Betrieb und Wirtschaft, gegen militaristische Willkür und für die Säuberung des staatlichen Lebens von den Verantwortlichen der Nazidiktatur kämpfen, finden sie die volle Unterstützung der DDR.

In der DDR sind alle wichtigen Produktionsmittel — die Werke, Fabriken, Gruben, Bodenschätze — Eigentum des Volkes. Der alte Grundsatz der Gewerkschaften „Was des Volkes Hände schaffen, soll des Volkes eigen sein“ ist verwirklicht. Hier steht nicht mehr der Profit, sondern der arbeitende Mensch im Mittelpunkt. Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen wurde beseitigt. Arbeitslosigkeit und Aussperrung, soziale Unsicherheit und Krisen, die Furcht vor dem Morgen gehören für immer der Vergangenheit an. Ein vorbildliches Gesundheitswesen und eine beispielgebende Sozialbetreuung für das arbeitende Volk wurden geschaffen. Die Werktätigen und ihre Gewerkschaften üben in der Produktion und Planung, in allen Arbeits- und Sozialfragen nicht nur die volle Mitbestimmung, sondern den entscheidenden Einfluß aus.

Mit Hilfe der Arbeiterklasse gingen die Bauern den Weg von der Zersplitterung zur sozialistischen Großwirtschaft, zu den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. So bleiben sie Bauern und können sie die Vorzüge der Großproduktion, der modernen Technik und der Agrarwissenschaft nutzen, sich und ihren Familien bessere Arbeitsbedingungen und steigenden Wohlstand sichern.

An der Seite der Arbeiterklasse haben auch die Handwerker und Gewerbetreibenden, Eigentümer kleiner und mittlerer Betriebe den Weg der neuen

demokratischen Entwicklung und der sozialistischen Zukunft des ganzen Volkes mit beschriften.

Der Sozialismus hat den Werktätigen die wahre Freiheit der Persönlichkeit gebracht. Alle Mitglieder der Gesellschaft besitzen die gleiche Möglichkeit, ihre Fähigkeiten und Begabungen zu entfalten. Der Sozialismus hat den Kindern der Werktätigen die Tore zu den Universitäten und Hochschulen geöffnet, ihnen alle Bildungs- und Aufstiegschancen gegeben. Die volle Gleichberechtigung der Frau im wirtschaftlichen, politischen und geistigen Leben wurde verwirklicht. Wissenschaft und Kunst wurden von den Ketten des Kapitals befreit.

Die Werktätigen der DDR haben ihren friedlichen Staat und die Fundamente ihres sozialistischen Lebens unter sehr schwierigen Bedingungen errichtet. Sie mußten ihre Wirtschaft in dem durch den Krieg am schwersten betroffenen Teil Deutschlands aufbauen. Durch die Spaltungspolitik des westdeutschen Monopolkapitals wurden sie vom schwerindustriellen Herzen Deutschlands, vom Ruhrgebiet, getrennt. Die in der Bundesrepublik herrschende Reaktion unternahm alles, um unter Ausnutzung der offenen Grenze und unter Mißbrauch Westberlins die Wirtschaft der DDR zu stören, ihr notwendige Rohstoffe vorzuenthalten, Wissenschaftler, Ingenieure und Fachkräfte abzuwerben. Trotz der im Vergleich zum Westen Deutschlands weit schwierigeren Ausgangsbedingungen haben die Werktätigen der DDR eine vielseitige, leistungsfähige Industrie geschaffen. Die DDR nimmt heute bereits den sechsten Platz unter den Industrieländern Europas ein. Der Umfang der Industrieproduktion hat sich seit 1950 mehr als verdreifacht, neue Städte wie Eisenhüttenstadt und Hoyerswerda, gewaltige neue Industriebetriebe und Kraftwerke, bedeutende Forschungsinstitute und Kulturstätten wurden geschaffen. Die DDR hat über 90 Prozent der Industrieproduktion ganz Deutschlands von 1936 erreicht. Dieses Wirtschaftswunder hat das von Ausbeutung und Knechtschaft befreite arbeitende Volk vollbracht.

Die sozialen und kulturellen Errungenschaften der Werktätigen in der DDR erleichtern es der westdeutschen Arbeiterklasse, das Monopolkapital zu Zugeständnissen zu zwingen. Im Kampfe gegen die Verschlechterung der Krankenversicherung, für das Recht der Frau auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit, für Jugendschutz und Jugendförderung, für die Überwindung der Rückständigkeit des Schulwesens, für das Recht der Kinder des Volkes auf Zugang zu den Hochschulen und Universitäten — stets können die Werktätigen der Bundesrepublik die vorbildlichen Einrichtungen der DDR auf ihrer Seite ins Gefecht führen. Die Errungenschaften und Rechte der Werktätigen der DDR sind schon heute — auch wenn das vielen noch nicht bewußt ist — eine große Hilfe für die Arbeiterklasse und die ganze Bevölkerung der Bundesrepublik.

Auf dem VI. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands konnte die historische Feststellung getroffen werden, daß die sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR gesiegt haben. Das Programm der SED stellt die Aufgabe des umfassenden und allseitigen Aufbaus der sozialistischen Gesellschaftsordnung und der maximalen Stärkung der Arbeiter-und-Bauern-Macht, des deutschen Friedensstaates. Die Werktätigen der DDR setzen sich das Ziel, die nationale Volkswirtschaft zu entwickeln, die Arbeitsproduktivität durch die Anwendung der fortgeschrittensten Errungenschaften von Wissenschaft und Technik zu steigern, die wachsenden Bedürfnisse der Bevölkerung immer besser zu befriedigen. Das Programm der SED weist dem Volk den Weg zur Entfaltung aller seiner Fähigkeiten und Talente, seiner Initiative und

Schöpferkraft, zu einer immer vollkommeneren sozialistischen Demokratie, zur Vertiefung der neuen humanistischen Beziehungen der Menschen, die auf der Übereinstimmung der persönlichen und der gesellschaftlichen Interessen beruhen. So stärkt die DDR die Kräfte des Friedens und des gesellschaftlichen Fortschritts in ganz Deutschland. Das ist ihr entscheidender Beitrag zur endgültigen Lösung der nationalen Frage.

Die Erfolge des umfassenden Aufbaus der sozialistischen Gesellschaftsordnung in der DDR, die Macht des Beispiels der Sowjetunion und die eigenen Erfahrungen im Klassenkampf werden die Arbeiterklasse und das werktätige Volk auch in der Bundesrepublik davon überzeugen, daß nur der Sozialismus ihnen ein wahrhaft freies und glückliches Leben bringen kann. Darum werden auch sie den Weg des Kampfes für den Sozialismus beschreiten. Der Sieg des Sozialismus in ganz Deutschland wird das gesetzmäßige Ergebnis der geschichtlichen Entwicklung sein.

Heute machen es die Lebensinteressen der Arbeiterklasse und der ganzen Bevölkerung der Bundesrepublik zur ersten und dringendsten Aufgabe, den Frieden zu retten, die friedliche Koexistenz und die Verständigung der beiden deutschen Staaten zu erkämpfen, die demokratischen Volksrechte zu verteidigen. Im Ringen um diese Ziele werden sich die Klassenkämpfe und das Klassenbewußtsein der Arbeiter weiter entwickeln, wird das Bündnis der antimonopolistischen Kräfte erstarken, werden die Werktätigen ihren Einfluß auf das gesamte politische und gesellschaftliche Leben erweitern.

II.

Für eine Politik der friedlichen Koexistenz, der nationalen Verantwortung

Die Bundesrepublik braucht eine realistische Politik, die den Erfordernissen unserer Zeit gerecht wird. Die Kommunistische Partei Deutschlands, die alles daransetzt, der Einigung der Arbeiterklasse und der demokratischen Kräfte zu dienen, unterbreitet allen, die nach einer Ablösung der überlebten „Politik der Stärke“ streben, ihre Vorschläge.

Zur Sicherung des Friedens:

- Eigene Abrüstungsinitiative der Bundesrepublik, Vereinbarungen der beiden deutschen Staaten über den Verzicht auf Atomwaffen und ihre Eingliederung in eine atomwaffenfreie und militärisch verdünnte Zone in Mitteleuropa.
- Versachlichung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten und Regierungen auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz.
- Bemühungen der Bundesrepublik um eine deutsche Friedensregelung und Beseitigung des Gefahrenherdes Westberlin durch Schaffung einer neutralen Freien Stadt Westberlin.
- Verbesserung der Beziehungen zur Sowjetunion, Aufgabe der Hallstein-Doktrin, Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den sozialistischen Staaten.

Für reale Schritte auf dem Weg zur Wiedervereinigung:

- Herstellung korrekter Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR, allmähliche Annäherung der beiden deutschen Staaten durch Vereinbarungen über Abrüstung und die Entwicklung einer immer umfassenderen Zusammenarbeit auf allen Gebieten.

Zum Schutz des Grundgesetzes und der demokratischen Volksrechte:

- Verhinderung jeglicher Notstandsgesetzgebung, Schutz der Tarifautonomie, des Koalitions- und Streikrechts, der Meinungs- und Pressefreiheit.
- Säuberung des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens von den Verantwortlichen für die Verbrechen der Nazidiktatur.
- Sicherheit der Bürger vor Polizei- und Justizwillkür, Amnestie für die Opfer der politischen Gesinnungsjustiz, freie Betätigung aller demokratischen Organisationen.

Für soziale Sicherheit:

- Herabsetzung der Rüstungsausgaben und Verwendung der Mittel für soziale und kulturelle Zwecke, für den Bau von Wohnungen, Schulen, Krankenhäusern und Sportstätten; Senkung der Steuerlasten für das Volk, Schutz der D-Mark vor weiterer Entwertung; keine Erhöhung der Preise, Mieten und Tarife.
- Eine den Volksinteressen dienende Wirtschaftspolitik, Einschränkung der Profite der Konzerne, größerer Anteil der Werktätigen am Sozialprodukt und am Volksvermögen, Sicherung der Arbeitsplätze, Hebung der Kaufkraft der Arbeiter und Angestellten durch Erhöhung der Löhne, Mitbestimmung der Arbeiterschaft und ihrer Gewerkschaften in Betrieb und Wirtschaft.
- Schutz der Bauern vor der Ruinierung durch das Monopolkapital und vor den Auswirkungen der EWG.
- Freier Handel mit allen Ländern ohne jegliche Diskriminierung.

Das aggressive Monopolkapital — der Hauptfeind des Volkes

Die aggressiven Kräfte des Monopolkapitals haben nach 1945 ihre ökonomische und politische Macht in der Bundesrepublik wieder aufgerichtet. Für die Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik ist der staatsmonopolistische Kapitalismus kennzeichnend. Eine kleine Zahl von Milliarden- und Multimilliönären, die Herren der IG-Farben-Konzerne, des Flick- und Thyssen-Konzerns, der Elektromonopole Siemens und AEG, die Könige von Erdöl, Kohle und Stahl, die Herren der Großbanken beherrschen die Bundesrepublik. Die großen Monopole haben den Staat vollständig ihren Profit- und Machtinteressen, ihrer Rüstungs- und Kriegspolitik untergeordnet. Der staatsmonopolistische Kapitalismus hat die Militarisierung der Wirtschaft, des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens, den Drang nach Expansion verstärkt.

Ein Ausdruck dieser Bestrebungen des Monopolkapitals ist die EWG. Die objektive ökonomische Tendenz zur Internationalisierung der Wirtschaft wird in der EWG nicht zum Wohle der Völker genutzt, sondern zur Bereicherung und Machtausdehnung des Monopolkapitals mißbraucht. Das Scheitern der Brüsseler Konferenz zeigt, daß die EWG zur Verschärfung des Konkurrenzkampfes auf

dem kapitalistischen Weltmarkt führt. Der Gemeinsame Markt konnte den Rückgang der Konjunktur nicht aufhalten. Immer mehr erweist sich die EWG als eine Basis der NATO und des kalten Krieges, als ein Hemmnis für die freie Entfaltung des Handels, ein Instrument der neokolonialistischen Unterjochung ökonomisch schwachentwickelter Länder. Die westdeutschen Monopole sind bestrebt, die EWG zum Werkzeug ihrer Revanchepolitik zu machen. Das Monopolkapital nutzt die EWG, um die Ausbeutung der Arbeiter, den Angriff gegen die Löhne, Sozialleistungen und Arbeitsbedingungen zu verschärfen, den Ruin der Bauern, Handwerker, kleiner und mittlerer Unternehmer zu beschleunigen.

Das Wettrüsten und der wachsende Konkurrenzkampf auf den kapitalistischen Märkten vermehren die wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Wenn die bisherige wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik durch eine Hochkonjunktur gekennzeichnet war, so verstärken sich jetzt die Unsicherheitsfaktoren und Erscheinungen der Labilität. Die Zuwachsrate der Industrieproduktion sinkt. In einer Reihe von Industriezweigen macht sich Stillstand bemerkbar. Die Kapazitäten der Stahlindustrie sind nicht ausgelastet. Die Werftindustrie leidet unter Auftragsmangel. Zechen werden stillgelegt. Die Sorge um den Arbeitsplatz nimmt zu. Die Landwirtschaft steckt in einer Dauerkrise.

Die gegenwärtige Wirtschaftspolitik zielt dahin, die gesamte Wirtschaft dem Profitstreben und den Revanchezielen der aggressiven Monopole zu unterwerfen. Die Konzernherren beschleunigen die eigene Rüstungsproduktion und wälzen die Folgen der wahnwitzigen Aufrüstung auf die Arbeiterklasse, auf die Bauern und städtischen Mittelschichten, auf kleine und mittlere Unternehmer ab. Wie das Röhrenembargo zeigt, schreckt die Regierung der Rüstungsmonopole nicht davor zurück, selbst elementare Wirtschaftsinteressen unseres Volkes preiszugeben, wenn das ihrer Revanchepolitik und den Forderungen der USA-Imperialisten entspricht.

Die in der Bundesrepublik herrschenden militaristischen Kräfte haben die alte Rüstungs- und Gewaltpolitik wieder aufgenommen. Um ihre Revanchepläne unter den veränderten Bedingungen nach dem zweiten Weltkrieg zu verwirklichen, haben sie sich dem USA-Imperialismus untergeordnet und der NATO angeschlossen. Innerhalb der NATO erlangt der deutsche Imperialismus zunehmendes Eigengewicht. Die westdeutschen Militaristen verfügen bereits über die zahlenmäßig stärkste Militärmacht unter den westeuropäischen Ländern und über führende Kommandostellen in der NATO. Die Bundesrepublik wurde mit einem Netz amerikanischer Atom- und Raketenbasen überzogen. Mit aller Macht streben nun die Hitlergenerale nach eigenen Atomwaffen. Sie drängen auf die „atomare Vorwärtsstrategie“, um die NATO-Verbündeten in ein Kriegsabenteuer gegen die DDR und andere sozialistische Länder hineinzureißen.

Zur Durchsetzung ihrer Revanchepläne haben die deutschen Militaristen den Kriegspakt mit den französischen Imperialisten abgeschlossen. Der Pakt Adenauer—de Gaulle dient nicht der Aussöhnung und Verständigung zwischen dem deutschen und dem französischen Volk, sondern der beschleunigten Atomrüstung, dem Zusammenschluß der aggressivsten und reaktionärsten Kräfte Westeuropas unter Einschluß der Franco-Diktatur.

Die Rüstungs- und Revanchepolitik war und ist begleitet von der Ausschöpfung der demokratischen Rechte, von der zunehmenden Ausschaltung des Par-

laments, von Gewissenszwang und Verfolgung der Friedenskräfte. Die Bundesrepublik entfernte sich immer weiter von der Forderung des Grundgesetzes nach einem „demokratischen und sozialen Rechtsstaat“.

In der Bundesrepublik üben gegenwärtig die reaktionärsten und aggressivsten Gruppen des Monopolkapitals die Macht aus. Sie sind bestrebt, immer mehr autoritäre, gewaltsame Herrschaftsmethoden anzuwenden. Dabei bedienen sie sich der alten Faschisten — der Hitlergenerale, schwerbelasteter Nazi-beamten und Blutrichter —, die Schlüsselpositionen im Staatsapparat einnehmen.

Um die Atomrüstung und die militaristische Gewaltpolitik ungehindert fortsetzen zu können, wollen die Bonner Machthaber jetzt die Verfassung und die demokratischen Grundrechte vollends beseitigen. Mit den Notstandsgesetzen wollen sie sich Diktaturvollmachten nach dem Muster des Hitler-schen Ermächtigungsgesetzes verschaffen, um jederzeit die Meinungs- und Pressefreiheit, das Koalitions- und Streikrecht aufheben und jede freiheitliche Bewegung unterdrücken zu können.

Die herrschenden militaristischen Kräfte benutzen als Stütze ihrer Macht und ihrer Politik vor allem die CDU/CSU. Auch zahlreiche militaristische, revanchistische und neofaschistische Organisationen, einflußreiche Kreise des katholischen Klerus und reaktionäre Gruppen in der evangelischen Kirchenführung sind wichtige Stützen der „Politik der Stärke“.

Die CDU/CSU ist die führende Partei des westdeutschen Monopolkapitals, Sammelbecken und Massenbasis der militaristischen, reaktionären Kräfte. Ihr Einfluß auf die Wähler gründet sich besonders auf die Illusionen vom „Wirtschaftswunder“, auf den politischen Mißbrauch religiöser Gefühle, auf soziale Demagogie, Antikommunismus und Chauvinismus.

Die Folgen der Adenauer-Politik haben das Vertrauen vieler werktätiger Wähler zur CDU/CSU erschüttert und zu einem Stimmenrückgang dieser Partei geführt. Die Interessengegensätze der verschiedenartigen sozialen Kräfte innerhalb der CDU/CSU treten stärker hervor. Christliche Arbeiter und Werktätige wenden sich immer häufiger gegen die reaktionäre Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung. In der CDU/CSU werden auch Widersprüche sichtbar zwischen den extrem militaristischen Kräften und anderen Kreisen, die — ohne Atomrüstung und NATO-Kurs aufzugeben — elastischere Methoden in der Durchführung dieser Politik anstreben.

Die FPD wird von Gruppen des Großkapitals beherrscht, die in den entscheidenden politischen Lebensfragen den gegenwärtigen Regierungskurs unterstützen. In dieser Partei sind jedoch auch bürgerlich-liberale Kräfte wirksam, die im Hinblick auf politische Kontakte zur DDR, im Verhältnis zur Sowjetunion und zu anderen sozialistischen Staaten für eine realistischere Politik und im Innern für liberalere Methoden eintreten.

Die von der CDU/CSU und der Bonner Regierung betriebene „Politik der Stärke“ hat seit dem Godesberger Parteitag und der Zustimmung zur NATO-Politik die direkte und offene Unterstützung der bestimmenden Gruppe in der SPD-Führung gefunden. Das führt zur Verschärfung der inneren Widersprüche in der SPD.

Um das Volk an ihr Regime und an ihre Politik zu binden, haben die Militaristen ein raffiniertes System des Massenbetruges entwickelt. Mit Hilfe

des Antikommunismus, der Revanchehetze und des Chauvinismus ist es ihnen gelungen, breite Teile der Bevölkerung irrezuleiten. Wie unter der Nazidiktatur ist der Antikommunismus heute die offizielle Staatsdoktrin, die Hauptwaffe der geistigen Kriegsvorbereitung. Die Bonner Machthaber, diese geschworenen Feinde der nationalen Einheit, verhüllen ihre auf Eroberung und Revanche gerichteten Ziele hinter demagogischen Phrasen über die Wiedervereinigung. Durch den Haßfeldzug gegen die DDR und die Lüge von der „Gefahr aus dem Osten“ soll die Bevölkerung für einen neuen antikommunistischen Kreuzzug reif gemacht und von der wirklichen Gefahr, vom Wahnwitz der „Politik der Stärke“, abgelenkt werden. Das deutsche Volk hat den antikommunistischen Kreuzzug Hitlers mit fünf Millionen Toten bezahlt. Jeder Werktätige, jeder friedliebende Deutsche, der sich vom Antikommunismus und von der Revanchehetze einfangen läßt, schadet sich selbst, handelt gegen seine eigenen Lebensinteressen, macht sich zum Gefangenen seiner Todfeinde, der imperialistischen Verderber Deutschlands.

Für eine friedliche und demokratische Alternative

Die Bonner Politiker der Stärke erweisen sich als die gefährlichsten Feinde des Friedens in Europa, als wütende Gegner der friedlichen Koexistenz, der deutschen und internationalen Entspannung. Die atomare Rüstung, die Anhäufung amerikanischer Atom- und Raketenwaffen auf westdeutschem Boden zieht im Konfliktfall den Gegenschlag auf die Bundesrepublik, der alles Leben auslöschen würde. Die USA-Militaristen verhehlen nicht, daß sie in ihren strategischen Plänen den NATO-Partnern und besonders der Bundesrepublik das Schicksal eines vielfachen Hiroshima zgedacht haben. Schon wenige Minuten nach Kriegsbeginn gliche die Bundesrepublik einer Wüste der Zerstörung und des Grauens.

Die Kommunistische Partei Deutschlands erklärt:

Jede von Verantwortung für Leben und Zukunft unseres Volkes getragene Politik muß eine solche Katastrophe verhindern. Jedes von deutschen Interessen geleitete Streben muß der zum Atomkrieg treibenden „Politik der Stärke“ eine Politik der nationalen Verantwortung, der friedlichen Koexistenz, der Abrüstung und einer deutschen Friedensregelung entgegensetzen. Das ist der einzige Weg zur Beseitigung der Gefahr eines Bruderkrieges, zur Sicherheit für die Bevölkerung der Bundesrepublik.

In den Gewerkschaften, in der sozialdemokratischen Bewegung, unter der Jugend, in christlichen und liberalen Kreisen wächst die Einsicht, daß es keine Sicherung des Friedens und keine Schritte zur Wiedervereinigung geben kann, ohne in der Bundesrepublik die durch das Wettrüsten und die Haßpropaganda vergiftete Atmosphäre zu reinigen. Immer mehr Menschen spüren: es geht nicht ohne die Anerkennung der politischen Realitäten, ohne die Bereitschaft zum Abbau der Spannungen, zu Verhandlungen mit der DDR und zu Vereinbarungen über Rüstungsstopp und Abrüstung. Diese Forderungen einer Politik der friedlichen Koexistenz werden dann verwirklicht, wenn die Arbeiterklasse, die Bauern und alle friedliebenden Menschen im Bewußtsein ihrer Verantwortung handeln und Seite an Seite den Kampf führen gegen atomare Aufrüstung und Raketenbasen, gegen die Rüstungslasten und die Rüstungsproduktion, gegen den Mißbrauch Westberlins als Provokationsherd, gegen die Kriegshetze und die Militarisierung des öffentlichen Lebens. Je entschlossener dieser

Kampf geführt wird, desto eher werden die Militaristen und Revanchisten gezügelt. Nur so wird der friedlichen Koexistenz in den Beziehungen beider deutscher Staaten zum Durchbruch verholfen.

Die KPD unterstützt die weltweiten Bestrebungen für das Verbot der Atomwaffen und für die allgemeine, vollständige Abrüstung unter wirksamer Kontrolle. In unserer Forderung nach einer eigenen Abrüstungsinitiative der Bundesrepublik wissen wir Kommunisten uns einig mit den Gewerkschaften und der Mehrheit der Bevölkerung. Mit dem Verzicht der Bundesrepublik auf jegliche Atomrüstung würde der Weg frei zur Schaffung einer atomwaffenfreien und militärisch verdünnten Zone in Mitteleuropa, die von der DDR, der Volksrepublik Polen und der CSSR bereits bejaht wird. Wie die DDR, so sollte sich auch die Bundesrepublik im Interesse der Entspannung für einen Nichtangriffspakt der Mächte des Warschauer Vertrages und der NATO einsetzen. In Übereinstimmung mit Vorschlägen der DDR und nationalbewußter Kreise der Bundesrepublik befürworten wir Kommunisten das Ausscheiden beider deutscher Staaten aus den Militärpakt und ihre militärische Neutralität.

Die KPD tritt für eine deutsche Friedensregelung ein, die erfolgreiche internationale Abrüstungsverhandlungen erleichtern und ein bedeutender Beitrag zur Sicherung des europäischen Friedens, zur Annäherung der beiden deutschen Staaten sein könnte. Ein Friedensvertrag würde die beiden deutschen Staaten mit der nationalen Klammer der Sicherheit und der gemeinsamen Friedenspflicht verbinden. In seinem Rahmen müßte die Westberlin-Frage gelöst und der NATO-Stützpunkt in eine Freie Stadt Westberlin umgewandelt werden. Die Friedensregelung würde auch die Aufnahme beider deutscher Staaten in die Vereinten Nationen erleichtern.

Eine von deutschen Interessen geleitete Politik erfordert gutnachbarliche Beziehungen zu allen Völkern, die Anwendung der Grundsätze friedlicher Koexistenz in der gesamten Außenpolitik der Bundesrepublik. Das ist auch die einzige wirklich europäische Politik. Das Finanzkapital und seine Lobredner sagen „Europa“ — und sie meinen die Vertiefung der Spaltung Deutschlands und Europas, die Vereinigung der reaktionären Kräfte im kleineren Teil Europas gegen ihre eigenen Völker, gegen den größeren Teil, gegen das fortschrittliche sozialistische Europa und selbst gegen die neutralen Länder. Frieden und Zusammenarbeit in Europa, gute Beziehungen und Freundschaft aller europäischen Länder und Völker sind nur möglich auf der Grundlage friedlichen Miteinanderlebens, durch den Ausbau des wirtschaftlichen und kulturellen Austausches, bei gegenseitiger Achtung der Souveränität und Gleichberechtigung.

Eine Politik der friedlichen Koexistenz ist auch die unabdingbare Voraussetzung für die Wiedervereinigung Deutschlands. Unser Land wurde durch die in- und ausländischen Imperialisten gespalten. Die deutschen Monopolherren haben die Interessen der Nation den Interessen der NATO geopfert, die Idee des deutschen Nationalstaates verraten. Solange die Bundesrepublik durch das Monopolkapital und den Militarismus beherrscht wird, gibt es keine Wiedervereinigung mit der Deutschen Demokratischen Republik, dem friedliebenden Staat der Arbeiter und Bauern.

Reale Schritte zur deutschen Wiedervereinigung sind nur möglich auf dem Wege der friedlichen Koexistenz und der Abrüstung. Der entscheidende erste Schritt zur Annäherung ist die Zusammenarbeit der Arbeiter-

klasse, der friedliebenden Kräfte und ihrer Organisationen in beiden deutschen Staaten, ist ihr aktives Eintreten für Verhandlungen und sachliche Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik. Die deutsche Wiedervereinigung kann nur im Zeichen des Friedens, der Demokratie und des sozialen Fortschritts erfolgen.

Die KPD setzt sich für die Bildung einer deutschen Konföderation ein, eines Staatenbundes zwischen der Bundesrepublik und der DDR, dem sich auch die Freie Stadt Westberlin anschließen könnte. Dieser Vorschlag wurde von der DDR und von nationalgesinnten Kreisen der Bundesrepublik unterbreitet. In einer Konföderation würden die beiden deutschen Staaten auf allen Gebieten ein Höchstmaß an Zusammenarbeit erreichen. Sie wäre die beste Form ihrer friedlichen Koexistenz, die beste Grundlage für die schrittweise Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands.

Die KPD ruft die Arbeiterklasse, die Demokraten auf, alles zu tun, um die Bundesrepublik vor einem vernichtenden Atomkrieg und vor der Gefahr einer neuen reaktionär-militaristischen Diktatur zu bewahren.

Das außergesetzliche Vorgehen gegen oppositionelle Kräfte und die Notstandspläne der militaristischen Machthaber machen deutlich, daß das Grundgesetz für sie zur Fessel ihrer Politik geworden ist. Umso dringender wird die Aufgabe der Arbeiterklasse und aller friedliebenden Menschen, das Grundgesetz und damit die Freiheit zur Verteidigung ihrer Lebensrechte zu schützen.

Unsere Partei hat im Parlamentarischen Rat das Grundgesetz als die Urkunde der Spaltung Deutschlands abgelehnt, aber zugleich betont, daß sie jedes verfassungsmäßige Recht des Volkes verteidigen wird. Heute stehen die Kommunisten in den ersten Reihen derer, die das Grundgesetz und die demokratischen Rechte gegen jeden Angriff schützen.

Die Notstands- und Dienstpflichtgesetze können verhindert werden, wenn die Arbeiterklasse die richtigen gewerkschaftlichen Beschlüsse mit der Kraft ihrer Organisationen verwirklicht und die Anschläge der Reaktion in breiter Front mit allen Demokraten vereitelt. Das erfordert, daß die Kommunisten den Werktätigen die Gefährdung ihrer elementaren bürgerlichen Freiheiten bewußt machen und sich stets als die entschiedensten Verfechter jedes, auch des geringsten demokratischen Rechts bewähren.

Die Nacht- und Nebelaktionen gegen die Pressefreiheit, der Terrorprozeß gegen die Vereinigungen der Verfolgten des Naziregimes, die Willkür der Polizei und der politischen Gesinnungsjustiz haben weithin Widerspruch und Widerstand erweckt. Die demokratischen Protestaktionen in der Bundesrepublik, in der DDR und im Ausland haben den Sturz der Oberländer und Strauß, die Rücktrittserklärung Globkes, die Absetzung der führenden Nazijuristen Fraenkel und Jagusch herbeigeführt. Diese Erfolge sollten die Gewerkschaften, die demokratischen Jugendorganisationen, alle Antifaschisten ermutigen, ihren Kampf gegen die Schande der nazistischen Verseuchung, für die Säuberung der Justiz und Verwaltung, der Polizei und Bundeswehr von hohen und höchsten Funktionären der Nazidiktatur, von Verantwortlichen für die Verbrechen des Faschismus zu verstärken.

Die demokratische Bewegung wird an Kraft und Einfluß gewinnen, indem sie gegen die Aneignung immer größerer Machtbefugnisse durch die Bonner Bürokratie Widerstand leistet und für die vollen Rechte der gewählten Parlamente auf allen Ebenen, für die Rechte der Länder und für die demokratische Selbstverwaltung der Gemeinden eintritt.

Die KPD fordert, daß die im Grundgesetz proklamierte Gleichberechtigung der Frau auf allen Gebieten verwirklicht wird. Im Interesse der jungen Generation ist das Wahlalter auf 18 Jahre, die Wählbarkeit auf 21 Jahre herabzusetzen. Menschenwürde und Bürgerrechte der Soldaten, ihre freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in der Bundeswehr sind zu sichern.

Wem der Friede und die Demokratie am Herzen liegt, der sollte sich gemeinsam mit uns für die uneingeschränkte Legalität der KPD einsetzen. Viele Menschen, die 1956 noch nicht verstanden, daß das Verbot der KPD ein Angriff gegen sie selbst, ein Schlag gegen den Frieden und die Rechte des ganzen Volkes ist, sehen jetzt, daß wir Kommunisten zu Recht erklärt haben: Wo die Kommunistische Partei verboten wird, da sind die Freiheit und das Leben des Volkes bedroht.

Die KPD tritt für soziale Sicherheit und eine den Volksinteressen dienende Wirtschaftspolitik ein. Das erfordert den Kampf des werktätigen Volkes für die Herabsetzung der Rüstungsausgaben, für die Zurückdrängung des Einflusses des aggressiven Monopolkapitals und für die Beschneidung der Riesenprofite der Konzerne. So kann der inflationistischen Entwicklung und der Preistreiberei entgegengewirkt, eine stabile Währung gesichert und die Kaufkraft der Werktätigen gehoben werden.

Die maßlose Rüstung verschlingt einen immer größeren Teil des Volksmögens. Sie hat unserem Volk niemals soziale Sicherheit und dauernde Vollbeschäftigung, sondern stets nur Inflation und am Ende Krieg und Ruin gebracht. Die Rüstungsausgaben werden aus den Steuern des Volkes bezahlt — die Banken und Rüstungskonzerne aber stecken Milliardenprofite ein. Wenn die Milliarden, die jetzt für die Zwecke der Vernichtung verschleudert werden, für gemeinnützige Aufgaben verwendet würden, so entstünden für jeden Arbeitsplatz der Rüstungsproduktion reichlich zwei Arbeitsplätze in der Friedenswirtschaft. Mit der Verminderung der Rüstungsausgaben wird es sofort möglich, die direkten und indirekten Steuern für Arbeiter und Angestellte, Bauern, Gewerbetreibende und Handwerker, kleine und mittlere Unternehmer zu senken. Mit einer Steuerreform müßten zugleich die steuerlichen Vergünstigungen für das Großkapital aufgehoben werden.

Eine nationale Wirtschaftspolitik erfordert den Schutz der einheimischen Wirtschaft gegen das Vordringen der USA-Monopole und gegen die Kapitalflucht der westdeutschen Konzerne. Krisenbedrohte Zweige der Wirtschaft sind im Interesse der Sicherung der Arbeitsplätze nach nationalen und volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten zu fördern. Im Protest gegen das Röhrenembargo ist sichtbar geworden, daß von den Gewerkschaften bis zu Kreisen der Großbourgeoisie die Sabotage des Handels als Mittel des kalten Krieges Widerstand hervorruft. Die KPD tritt für die Beseitigung der unsinnigen und schädlichen Embargobestimmungen und Diskriminierungen, gegen den Zwang einer einseitigen Orientierung des Außenhandels, für den freien Welthandel ein. Die sozialen und wirtschaftlichen Interessen gebieten, daß die Bundesrepublik endlich die Angebote der Sowjetunion, der DDR und der anderen sozialistischen Länder aufgreift und durch den Abschluß langfristiger Handelsverträge die enormen Möglichkeiten zur Erweiterung des Warenverkehrs ausschöpft. Die Beziehungen zu den jungen Nationalstaaten Asiens und Afrikas sind auf der Grundlage der Gleichberechtigung und der Hilfe für ihre Industrialisierung neu zu gestalten.

Für die Einheit der Arbeiterklasse, für das Zusammenwirken der Volkskräfte

Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt, daß die Militaristen ihre reaktionäre Politik nicht durchführen konnten, ohne auf Ablehnung und Widerstand aus dem Volk zu stoßen. Die Bewegungen gegen Militarisation und Atomtod, gegen die Aushöhlung der Demokratie und den Abbau der Sozialleistungen hatten ein wichtiges Ergebnis: die Pläne der herrschenden Kreise wurden in ihrer Durchführung erschwert und verzögert. Dennoch darf sich die Arbeiterklasse, dürfen sich die demokratischen Kräfte nicht darüber täuschen, daß ihre Kampfbewegungen bei weitem noch nicht den Umfang und die Wirksamkeit erreicht haben, die angesichts der drohenden Gefahren notwendig und bei der gegenwärtigen Lage bereits möglich sind. Die Arbeiterklasse und die Volkskräfte werden eine neue Politik durchsetzen, wenn sie sich einigen und ein Höchstmaß an Aktivität, Geschlossenheit, Organisiertheit und Kampfkraft entwickeln.

Die Aktionseinheit der Arbeiterklasse — wichtigste Voraussetzung für den Sieg des Volkes

Die Hauptverantwortung für die Lösung der geschichtlichen Aufgabe, eine Politik der friedlichen Koexistenz zu erkämpfen und die demokratischen Rechte zu schützen und zu erweitern, liegt bei der Arbeiterklasse. Sie ist die zahlreichste, am höchsten organisierte, durch ihre soziale Stellung und ihre Kampftraditionen vor der Geschichte zur Führung berufene Kraft des Volkes. Ihre grundlegenden Klasseninteressen sind eins mit denen der Nation.

Im Kampf um Frieden und Demokratie kann die Arbeiterklasse auf eine große geschichtliche Bewährung zurückblicken. Arbeiter trugen die schwarz-rot-goldene Fahne des Jahres 1848 voran. Arbeiter gaben ihre Freiheit und ihr Blut im Kampfe für das allgemeine und gleiche Wahlrecht, für das Koalitions- und Streikrecht, für Meinungs- und Pressefreiheit, gegen Polizei- und Justizwillkür, für die parlamentarische und republikanische Staatsform. Die Besten der Arbeiterklasse unter Führung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs kämpften aufrecht gegen Militarismus und imperialistischen Krieg. Die Arbeiterbewegung brachte die größten Opfer im antifaschistischen Widerstand. Sie unternahm große Anstrengungen im Kampfe um die demokratische Erneuerung nach 1945. Der Kampf um Frieden und Demokratie ist für die KPD unabdingbarer Bestandteil ihrer gesamten Politik.

Die Aktionseinheit der Arbeiterklasse ist die wichtigste Vorbedingung des Erfolges der demokratischen Kräfte, die Voraussetzung jeder ernsthaften Veränderung der politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik zugunsten des Friedens, der Demokratie und des sozialen Fortschritts.

Die unmittelbaren sozialen und politischen Tagesinteressen der Arbeiter ebenso wie ihre grundlegenden Klasseninteressen machen die Herstellung der Aktionseinheit zur gebieterischen Notwendigkeit. Die Arbeiterklasse der Bundesrepublik vermochte noch nicht zu durchschlagenden Erfolgen zu kommen. Wenn sie die im Kampfe um die sozialen Tagesinteressen vielfach vorhandene Aktionsgemeinschaft auch in den großen politischen Lebensfragen herstellt,

wird sie imstande sein, die Offensive für die Sache des Volkes zu ergreifen. Die Kommunistische Partei Deutschlands sieht in der Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse die wichtigste politische Aufgabe aller Kräfte und Organisationen der Arbeiterklasse. Für die KPD ist die Aktionseinheit der Arbeiterklasse keine taktische Frage, sondern unabänderlicher Grundsatz und Grundlinie ihrer ganzen Politik. Die Erfahrungen der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung beweisen, daß die Arbeiterklasse immer dann Niederlagen erleiden mußte, wenn sie gespalten war, daß sie nur dann siegreich kämpfte, wenn sie — wie im Kapp-Putsch — der Reaktion in geschlossener Einheitsfront entgegentrat.

Kern der Aktionseinheit der Arbeiterklasse muß das gemeinsame Handeln von Sozialdemokraten und Kommunisten, die feste und dauerhafte Zusammenarbeit ihrer Parteiorganisationen auf allen Ebenen sein. Die KPD ist dafür, daß sich Sozialdemokraten und Kommunisten, sozialdemokratische und kommunistische Organisationen, SPD und KPD die Bruderhand reichen. Die Erfahrung zeigt, daß weder die Kommunisten, noch die Sozialdemokraten allein in der Lage sind, die notwendigen Veränderungen in der Bundesrepublik herbeizuführen.

Wir Kommunisten fühlen uns mit den Sozialdemokraten durch gemeinsame Interessen verbunden. Sozialdemokraten und Kommunisten, SPD und KPD haben einen gemeinsamen Gegner: das Monopolkapital, die CDU/CSU. Sozialdemokraten und Kommunisten sind gemeinsam interessiert an der Erhaltung und Sicherung des Friedens durch Verhandlungen, Verständigung und Abrüstung; am Ausbau demokratischer Lebensformen, am Schutz der Volksfreiheiten und der Verfassung, an der Wiederherstellung der vollen Rechte des Parlaments, am Mitbestimmungsrecht und maßgeblichen Einfluß der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften; an der Brechung der Allmacht der Monopole, an der verbesserten Lebenshaltung der Werktätigen und an sozialen Reformen, an einer gerechteren sozialen Ordnung; an gleichen Bildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten für alle. Im Streik der Metallarbeiter, in vielen Aktionen für die sozialen und demokratischen Rechte hat sich erwiesen, daß ideologische Differenzen kein Hindernis zu sein brauchen, die zum Wohle der Arbeiterklasse und des Volkes lebensnotwendige Zusammenarbeit zu entwickeln und Seite an Seite eine Politik des Friedens durchzusetzen. Die KPD sieht in der Herstellung des gegenseitigen Vertrauens und der Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Genossen und Organisationen die erste Pflicht jeder Parteiorganisation und jedes Kommunisten.

Die Einheit der Arbeiterklasse wird noch immer durch die Spaltungspolitik rechter SPD-Führer und den Antikommunismus verhindert. Das Godesberger Programm, die letzten Parteitage der SPD, das Koalitionsangebot zur Rettung der Adenauer-Politik kennzeichnen die Preisgabe einer selbständigen sozialdemokratischen Politik und den Übergang zur direkten Unterstützung der Rüstungs-, Außen- und Innenpolitik der CDU/CSU. Die „Gemeinsamkeitspolitik“ mit der CDU/CSU ist die Übernahme der bankrotten „Politik der Stärke“. Die gegenwärtig bestimmende Führungsgruppe in der SPD unterstützt den NATO-Kurs und die Atomrüstung. Sie wendet sich gegen jegliche Verhandlungen mit der DDR. Sie wetteifert mit der CDU/CSU in der antikommunistischen Hetze und in der Unterordnung unter die USA-Interessen. In der Innenpolitik hat sie prinzipiell ihre Zustimmung zu den antigewerkschaftlichen Notstandsgesetzen gegeben. Sie bejaht die maßlosen Rüstungsausgaben, die von der Maßhalte-Politik und dem sozialen Abbau begleitet sind.

Dieser Kurs der Gemeinsamkeit mit der reaktionären CDU-Führung widerspricht allen Lebensinteressen der sozialdemokratischen Anhänger, Mitglieder und Funktionäre, des ganzen werktätigen Volkes. Nicht wenige Sozialdemokraten wenden sich gegen die atomare Aufrüstung und gegen die ungeheuren Rüstungsausgaben. Sie sehen in der Notstandsgesetzgebung eine Gefahr für die Demokratie, für die Rechte der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen. Sie sind Gegner der Maßhalte-Politik und der sozialen Reaktion. Diese Auffassungen werden vor allem von sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionären vertreten, die mit der Arbeiterklasse verbunden sind und soziale und demokratische Reformen anstreben. Wir Kommunisten werden alles tun, um mit diesen sozialdemokratischen Genossen eine enge kameradschaftliche Zusammenarbeit für die gemeinsamen Ziele herbeizuführen.

In der sozialdemokratischen Bewegung entwickelt sich eine linke Strömung, deren Gruppen zum Teil innerhalb der SPD wirken, zum Teil außerhalb der Partei stehen. Ihre ideologisch-politischen Auffassungen sind gegenwärtig noch sehr unterschiedlich. Neben Marxisten finden sich unter ihnen sektiererische Gruppen und auch solche, die von antikommunistischen Vorstellungen beeinflusst sind. Vorherrschend ist insgesamt das Streben nach einer selbständigen Arbeiterpolitik der sozialdemokratischen Bewegung. Davon gehen wir in unseren Bemühungen um die enge Zusammenarbeit aus.

Der Klärungsprozeß in der SPD verläuft widerspruchsvoll. Viele sozialdemokratische Mitglieder und Anhänger glauben trotz mancher Bedenken, daß die gegenwärtige Politik der Parteiführung der SPD zum Erfolg führen und eine Veränderung zum Besseren bringen werde. Sie sind durch den schädlichen Einfluß der antikommunistischen Hetze, durch Illusionen über die Konjunktur und über den westdeutschen Staat noch behindert, mit ganzer Kraft für ihre Forderungen einzutreten. Jeder Kommunist muß verstehen: die Scheidelinie in der SPD verläuft nicht zwischen der Masse der Mitglieder und Funktionäre und den Linken, sondern zwischen den grundlegenden Interessen dieser großen Mehrheit aller Sozialdemokraten und dem Kurs der Gemeinsamkeit mit der Spitze der CDU/CSU, der führenden Partei des Monopolkapitals und des Militarismus. Aufgabe der Kommunisten und der Anhänger einer selbständigen sozialdemokratischen Politik ist es, allen sozialdemokratischen Werktätigen bewußt zu machen, daß mit dem Kurs der Gemeinsamkeit Friede, Demokratie und soziale Sicherheit nicht erreicht werden können.

Die Interessen der ganzen Arbeiterschaft erfordern, daß die sozialdemokratischen Genossen, die betrieblichen und regionalen Parteiorganisationen und schließlich die SPD in ihrer Gesamtheit eine selbständige Politik, eine selbständige, gegen Notstandsdictatur, soziale Demontage und Kriegsgefahr gerichtete Aktivität entfalten. Das liegt auf der Linie der Beschlüsse vieler sozialdemokratischer Parteiorganisationen und der Gewerkschaften.

Die Arbeiterklasse braucht die Einheit, wenn Frieden und Demokratie gesichert und ein besseres Leben erkämpft werden sollen. Die Überwindung der Spaltung wird ihre Kräfte vervielfachen. Keine Macht kann der geeinten Arbeiterklasse widerstehen. In der gemeinsamen Aktion werden sich Sozialdemokraten und Kommunisten, sozialdemokratische und kommunistische Parteiorganisationen näherkommen. Noch bestehende Vorbehalte werden im Verlaufe der Zusammenarbeit schwinden. So werden günstige Bedingungen für das gemeinsame Vorgehen von SPD und KPD, für die Überwindung der ideologischen Differenzen, für den gemeinsamen Kampf um grundlegende demokratische Umgestaltungen und um den Sozialismus entstehen.

Für die Stärkung der Gewerkschaften als Klassenorganisation

Für die Entwicklung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse kommt den Gewerkschaften größte Bedeutung zu. Sie sind die umfassende Organisation der Arbeiterklasse mit dem größten Einfluß auf die gesamte Arbeiterschaft. Das gemeinsame Wirken in den Gewerkschaften ist am besten geeignet, das gegenseitige Vertrauen von Kommunisten und Sozialdemokraten zu fördern. Die gewerkschaftliche Einheit ist eine große Errungenschaft. Ihre Festigung, die zahlenmäßige Stärkung der Gewerkschaftsorganisationen ist die gemeinsame Aufgabe der sozialdemokratischen, kommunistischen, christlichen und parteilosen Mitglieder und Funktionäre.

Gegenwärtig tragen die Gewerkschaften und alle ihre Mitglieder eine besonders große Verantwortung. Die Gewerkschaften sind berufen, gemäß ihrer Bedeutung im Leben der Nation den Einfluß der Arbeiterklasse in Wirtschaft, Politik und Staat zur Geltung zu bringen. Der Übergang der gegenwärtig in der SPD bestimmenden Führungsgruppe und einiger DGB-Führer auf die Positionen des Militarismus hat die Notwendigkeit für die Gewerkschafter verstärkt, ihre Auffassungen und Beschlüsse im politischen Leben mit dem Einsatz der ganzen Kraft ihrer Organisation zu verfechten und durchzukämpfen. Es gilt, jede Gleichschaltung der Gewerkschaften zu verhindern und ihre volle Selbstständigkeit und Unabhängigkeit als Kampforganisation der Arbeiterschaft zu verteidigen und zu stärken. Ein wirksames Instrument zur Verbesserung der Gewerkschaftsarbeit ist der betriebliche Vertrauensmännerkörper. Gemeinsam mit den Betriebsräten ist er berufen, die Interessen der Belegschaft zu vertreten.

Die wachsenden Rüstungslasten und der verschärfte Angriff des Monopolkapitals auf den Lebensstandard der Werktätigen machen es für die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften noch dringender, ihre sozialen Interessen und Rechte mit allem Nachdruck zu verfechten. Die brutale Massenaussperrung der Metallarbeiter durch die Konzernherren, die unverhüllte Einmischung der Regierung zugunsten der Unternehmer und ihre eigenen Erfahrungen im Streik haben die Arbeiter gelehrt, wie sehr die sozialen Kämpfe heute politische Bedeutung gewinnen. Die Werktätigen erkennen jetzt besser den Zusammenhang zwischen ihrer Lage und dem arbeiterfeindlichen Rüstungs- und Notstandskurs der herrschenden Kreise. Der Streik der Metallarbeiter Baden-Württembergs, die Kampfvorbereitungen und Warnstreiks in Nordrhein-Westfalen haben der ganzen westdeutschen Arbeiterschaft ein leuchtendes Beispiel an Kampfbereitschaft, Geschlossenheit und Disziplin gegeben. Es hat sich erwiesen, daß die Arbeiter dann und nur dann ihre gerechten Forderungen gegen das Monopolkapital und seine Regierung durchsetzen können, wenn sie in geeinter Front kämpfen. So hat der Streik der Metallarbeiter Baden-Württembergs einen neuen Abschnitt des Kampfes der Werktätigen gegen die Profit- und Rüstungspolitik der Monopole und zur Verteidigung der demokratischen gewerkschaftlichen Rechte eingeleitet.

Die Monopolherren widersetzen sich den gerechten Forderungen der Arbeiter mit der Lüge, Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit würden zu Preissteigerungen und zu wirtschaftlichen Störungen führen. In Wahrheit haben die Monopole für sich ein beispielloses Wachstum der Profite, einen ständig steigenden Anteil am Nationaleinkommen erzielt. Die Ausbeutung wurde und wird durch Rationalisierung und Automatisierung, raffiniertere Antreibermethoden, erhöhte Arbeitshetze, stärkere physische und nervliche Belastung

der Arbeiter und Angestellten gesteigert. Die Bundesrepublik ist das europäische Land mit den meisten Arbeitsunfällen, der höchsten Müttersterblichkeit und einer zunehmenden Frühinvalidität.

Die Arbeiterschaft hat in vielen, oft harten Kämpfen eine Erhöhung der Löhne durchsetzen können. Aber der Steuerdruck, die Preissteigerungen für lebensnotwendige Verbrauchsgüter, Mieten und Verkehrstarife, der Abbau der von den Arbeitern erkämpften innerbetrieblichen tariflichen Vereinbarungen und sozialen Rechte gefährden immer wieder das erreichte Lohnniveau. Die Arbeiter und Angestellten sind so ständig gezwungen, ihren Lebensstandard zu verteidigen. Das erhöht die Verantwortung der Gewerkschaften für eine kämpferische Lohn- und Sozialpolitik.

Die KPD ruft die Arbeiterschaft auf, sich mit ganzer Kraft für die Durchsetzung der Beschlüsse des 6. Gewerkschaftskongresses und vieler Industriegewerkschaften einzusetzen, in denen gefordert wird: aktive Politik zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, Verteidigung der Tarifautonomie, erhöhter Anteil der Arbeiter am Wirtschaftsertrag, bessere Urlaubsregelung, Erhaltung und Ausbau des Versicherungsschutzes und erhöhte Rentenleistungen. Wir Kommunisten unterstützen die Forderung nach tariflicher Sicherung der Effektivlöhne und weiterer Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich, nach Schutz der Werktätigen vor den Auswirkungen der kapitalistischen Rationalisierung und Automatisierung, nach gleichem Lohn bei gleicher Arbeit für Frauen und Jugendliche, nach gleichen Aufstiegsmöglichkeiten für die Frauen und nach besserer Berufsausbildung der Jugend, nach einem bezahlten Hausarbeitstag für die werktätigen Frauen. Jede Verschlechterung der Kranken- und Sozialversicherung, der Abbau der betrieblichen Sozialleistungen ist zu verhindern, Arbeitern und Angestellten ist im Krankheitsfalle voller Lohn und volles Gehalt fortzuzahlen. Das Rentenalter ist herabzusetzen, der Unfallschutz ist zu verbessern. Diese gewerkschaftlichen Forderungen sind die Grundlage für den Kampf der Arbeiterschaft um ihre sozialen Rechte. Diese Beschlüsse gilt es, durch Aktionen aller Gewerkschafter in die Tat umzusetzen.

Die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften sollten den Kampf der Frauen um Gleichberechtigung zu ihrer Sache machen und die große Kraft der arbeitenden Frauen für die gemeinsamen Aufgaben, für die Stärkung der Gewerkschaften gewinnen.

Ausdruck des Vorwärtstrebens der aktiven Kräfte der Arbeiterjugend sind die Beschlüsse der Jugendkonferenzen des DGB und der IG Metall. Indem sich die Gewerkschaften die Forderungen der Jugend zu eigen machen und sie kämpferisch vertreten, werden sie eine große Anziehungskraft auf die junge Generation ausüben.

Die ganze Arbeiterklasse, die Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit tragen eine hohe Verantwortung für den Weg, den die junge Generation geht. Es darf den imperialistischen Verderbern unseres Volkes nicht noch einmal gelingen, die junge Generation für ihre Revancheziele zu mißbrauchen und hinzuopfern. In ihr ist ein ernstes Streben nach persönlicher und politischer Freiheit, nach Bewältigung der nazistischen Vergangenheit und der reaktionären Gegenwart, nach Frieden und Völkerverständigung lebendig. Sie sucht nach realen Wegen zur deutschen Verständigung und Wiedervereinigung. Den Tatendrang, die Begeisterungsfähigkeit der Jugend in die rechten Bahnen lenken, ihr huma-

nistische Ideale geben, das heißt zugleich die Jugend für die gewerkschaftliche Organisation, für die Arbeiterbewegung gewinnen.

Die Gewerkschaften sind eine große Macht. Diese Macht gilt es zugunsten des Friedens, der Abrüstung, des Schutzes der demokratischen Rechte in die Waagschale zu werfen. In seinen politischen Forderungen wandte sich der 6. DGB-Kongreß dagegen, daß die Bundeswehr Atomwaffen erhält, er verlangte eine eigene Abrüstungsinitiative der Bundesrepublik und die Belebung des Kampfes gegen den Atomtod. Er bejahte die Notwendigkeit, alle strittigen Probleme auf dem Wege friedlicher Verhandlungen zu lösen. Der Kongreß forderte die entschiedene Ablehnung jeglicher Notstandsgesetze durch die Abgeordneten und Parteien und rief alle verantwortungsbewußten demokratischen Kräfte auf, gemeinsam die Notstandspläne zu verhindern. Er bestätigte den Beschluß, im Falle der Gefährdung der Unabhängigkeit der Gewerkschaften und der demokratischen Grundordnung mit der schärfsten Waffe, dem allgemeinen Streik, zu antworten. Diese Beschlüsse des 6. DGB-Kongresses und ähnliche Beschlüsse der Industriegewerkschaften bilden die Ausgangsbasis für Aktionen der Arbeiterklasse zur Wahrung ihrer gemeinsamen sozialen und politischen Interessen.

Die wirksame Aktion gegen die Notstandsgesetze, für den Schutz der Tarifhoheit, des Koalitions- und Streikrechts ist eine entscheidende Bedingung für den erfolgreichen Kampf der Arbeiterklasse um die Ausweitung der demokratischen Rechte, wie sie in den Beschlüssen des 6. DGB-Kongresses zur Mitbestimmung enthalten sind. Echte Mitbestimmung erfordert den Kampf für die freie Betätigung der Gewerkschaften, für die politische Meinungsfreiheit der Arbeiter und Angestellten in Betrieben und Verwaltungen, für die Änderung jener Teile des Betriebsverfassungsgesetzes und Personalvertretungsgesetzes, die diesen Forderungen entgegenstehen. Die Arbeiter dürfen keinerlei Einschränkung der Rechte ihrer gewählten betrieblichen Vertreter, der Vertrauensleute, der Betriebsräte, Personalratsmitglieder und Jugendvertreter dulden. Ihnen muß das Recht zustehen, in allen die Arbeiterinteressen betreffenden Fragen uneingeschränkt tätig zu sein. Sie sind durch einen besonderen Kündigungsschutz vor Repressalien zu sichern.

Eine wirksame Mitbestimmung ist nur in dem Maße zu verwirklichen, wie die Arbeiterklasse sie in Betrieb und Wirtschaft, im Ringen um die Zurückdrängung der Macht der Monopole durch ihr einheitliches Handeln erkämpft. Das Ziel ist, daß Betriebsräte und Gewerkschaften, insbesondere in Monopolbetrieben, das volle Recht der Mitbestimmung erhalten und wahrnehmen in Fragen der Produktion, in Lohn- und Arbeitszeitfragen, Personalangelegenheiten, in Sozial- und Urlaubsfragen sowie bei der Festlegung der Investitionen und Beteiligungen, der Dividenden und Abschreibungen. Die Vertreter der Belegschaften in den Unternehmensleitungen und überbetrieblichen Wirtschaftsorganen sind zu verpflichten, entsprechend den Interessen und Beschlüssen der Belegschaften, der Betriebsräte und Vertrauensleute zu handeln. Die Kontrolle obliegt den Betriebsräten und Vertrauensleuten. Sie müssen das Recht haben, jederzeit Rechenschaftslegung in der Betriebsversammlung zu fordern, die bei Verstoß gegen die Interessen der Belegschaft die von ihr gewählten Vertreter abberufen und ersetzen kann.

Große Bedeutung kommt der Verbesserung der Lage der Werktätigen in den Betrieben der öffentlichen Hand zu. Die Arbeiterklasse muß entschieden gegen jegliche Privatisierung bundes- und landeseigener sowie kommunaler

Betriebe auftreten. Gegenwärtig zieht das Finanzkapital sowohl aus der Existenz staatseigener Betriebe als auch aus der Privatisierung eines Teils dieser Unternehmen riesige Sonderprofite. In den Betrieben der öffentlichen Hand ist es erforderlich, die Löhne und Arbeitsbedingungen vorbildlich zu gestalten und ihre Verwaltungen durch Einbeziehung von Betriebsräten, Vertretern der Gewerkschaften sowie der technischen Intelligenz zu demokratisieren.

Die restaurative Entwicklung in der Bundesrepublik hat zur Zusammenballung immer größerer wirtschaftlicher Macht in immer weniger Händen geführt. Der Mißbrauch dieser Macht äußert sich im Rüstungs- und Notstandskurs, in der Politik des Maßhaltens und der Aussperrung. Umso dringender wird die gewerkschaftliche Forderung nach demokratischer Kontrolle von Besitz und Macht, nach Überführung bestimmter Schlüsselindustrien und marktbeherrschender Unternehmen in Gemeineigentum. Die KPD tritt ein für die Nationalisierung der Konzerne der Rüstungsindustrie, der Atom- und Elektroindustrie, der Großchemie, der Monopole des Steinkohlenbergbaus und der Stahlindustrie sowie der Großbanken.

Die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften können sich nicht damit abfinden, daß alle wesentlichen Entscheidungen von den Monopolen bestimmt werden. Die Gewerkschaften müssen Einfluß nehmen auf Gesetzgebung und Politik, auf die Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens in der Bundesrepublik. Die Arbeiterklasse steht vor der dringenden Notwendigkeit, auch die parlamentarische Vertretung ihrer Forderungen zu sichern. Die organisierte Arbeiterschaft muß sich dafür einsetzen, daß alle Abgeordneten, die Mitglieder der Gewerkschaften sind, die bindenden Beschlüsse gegen Atomrüstung und Notstandsgesetze, für den Schutz der demokratischen Rechte und eine Politik friedlicher Verhandlungen, für bessere soziale und kulturelle Lebensbedingungen zur Richtschnur ihres Handelns machen.

Es ist Sache der Gewerkschaften, unmißverständlich festzulegen, daß sie nur solche Kandidaten, ungeachtet der Parteizugehörigkeit, unterstützen können, die Gewähr bieten für die Vertretung der gewerkschaftlichen Interessen und Forderungen. Schließlich sollten die gewerkschaftlichen Organisationen auch dazu übergehen, aus ihrer Mitte entschiedene Vertreter einer Arbeiterpolitik zu benennen und mit den dazu bereiten Parteien vereinbaren, daß solche Kandidaten aussichtsreiche Plätze auf den Wahllisten erhalten.

Die Arbeiter, die Gewerkschaften der Bundesrepublik und der DDR sind durch gemeinsame Lebensinteressen verbunden. Wenn es Frieden und Verständigung auf deutschem Boden geben soll, dann müssen die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften damit beginnen. Die Mitglieder der Gewerkschaften sollten daher überall fordern, daß Beziehungen zu den Gewerkschaftsorganisationen der DDR aufgenommen werden, daß sich die Werktätigen beider deutschen Staaten durch die Entsendung von Studiendelegationen objektiv über ihre Arbeitsbedingungen, über die Lebenshaltung, die Sozial- und Gesundheitsfürsorge, die Bildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten, die Rechte im Betrieb, die Machtverhältnisse im wirtschaftlichen und staatlich-politischen Leben unterrichten.

Das Monopolkapital tritt in der EWG den westeuropäischen Arbeitern und ihren Gewerkschaften in geschlossener Front gegenüber. Das erhöht für die Arbeiterklasse die Notwendigkeit, ihre internationale Zusammenarbeit und besonders das solidarische Zusammenwirken der Gewerkschaftsorganisationen der EWG-Länder zu verstärken. Dabei darf es keine Rolle spielen, ob die ein-

zelen Gewerkschaften dem IBFG oder dem Weltgewerkschaftsbund angehören. Allen Gewerkschaftern Westeuropas droht die gemeinsame Gefahr reaktionärer Vorstöße des internationalen Monopolkapitals. Dieser Gefahr kann die Arbeiterklasse nur begegnen, wenn sie ihre soziale und politische Aktivität in jedem Land erhöht und sich zugleich im Rahmen der EWG zu gemeinsamem Vorgehen für ihre Interessen zusammenfindet.

Die Arbeiterschaft, die gewerkschaftlichen Organisationen und die Betriebsräte der Bundesrepublik sollten in solidarischer Verbundenheit für die soziale Gleichstellung, für die vollen Rechte der ausländischen Arbeiter im Betrieb und im gesellschaftlichen Leben eintreten.

Die Aktionseinheit und die Kampfkraft der Arbeiterklasse werden noch durch den schädlichen Einfluß des Antikommunismus und anderer bürgerlicher Irrlehren gehemmt. Im Streik der Metallarbeiter konnten sich die sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Werktätigen erneut davon überzeugen, daß die Kommunisten ihre Klassenbrüder und Freunde sind. Wo immer die Arbeiter um ihre Rechte kämpfen, erweist sich der Antikommunismus als gefährlicher Fremdkörper in der Arbeiterbewegung, als das Hauptmittel zur Spaltung ihrer Kräfte. Die Verfechter des Antikommunismus in der Arbeiterschaft sind bestrebt, die Gewerkschaften an das Monopolkapital, an die Rüstungs- und Revanchepolitik der Militaristen zu ketten. Gewerkschaftsführer, die dem Antikommunismus Konzessionen machen und Raum geben, behindern damit die Durchführung einer richtigen Gewerkschaftspolitik. Das zeigte sich auch auf dem 6. DGB-Kongreß, wo einige vom Antikommunismus geprägte Beschlüsse zustandekamen. Die Verantwortung aller klassenbewußten Arbeiter, die friedlichen, demokratischen und sozialen Interessen der Gewerkschafter gebieten, den arbeiterfeindlichen Charakter des Antikommunismus zu entlarven und jeder antikommunistischen Hetze entschieden entgegenzutreten.

Die Monopolherren und ihre Gefolgsleute in der Arbeiterbewegung suchen die Werktätigen mit Irrlehren von der „Sozialpartnerschaft“, von der „Überwindung der Klassen und des Klassenkampfes“, von der „Eigentumsbildung für alle“ zu verwirren, vom Kampf für ihre Klasseninteressen abzuhalten und die Gewerkschaften zu entwaffnen. In Wirklichkeit war die Kluft zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Profiten und Löhnen noch nie so tief wie heute. Die zunehmende Ausbeutung der Arbeiter und Angestellten, die großen Streiks der Bergarbeiter an der Saar, der Metallarbeiter Baden-Württembergs und die erstmals seit 1929 erfolgte Aussperrung widerlegen den Betrug vom Verschwinden der Klassengegensätze und des Klassenkampfes. Sie widerlegen die Lüge, daß Arbeiter und Kapitalisten in „einem Boot“ sitzen.

Die Kampffaktionen und die eigenen Erfahrungen der Arbeiter haben den Einfluß der bürgerlichen Irrlehren bereits zurückgedrängt. Das erleichtert es den Kommunisten, allen klassenbewußten Gewerkschaftern, in der Arbeiterschaft Klarheit über ihre Klassenlage und ihre Aufgaben zu schaffen. Nur im entschlossenen Klassenkampf — unter Einsatz aller gewerkschaftlichen Kampfmittel — können die gefährlichen Anschläge der Reaktion auf die politischen und sozialen Rechte vereitelt und die gerechten gewerkschaftlichen Forderungen durchgesetzt werden. Die KPD fordert von jedem Kommunisten, sich dadurch als selbstloser Vorkämpfer der Arbeiterinteressen, als guter Gewerkschafter zu erweisen, daß er sich mit ganzer Kraft dafür einsetzt, die gewerkschaftlichen Forderungen zu verwirklichen und die Gewerkschaften als selbständige Kampforganisationen der Arbeiter zu stärken.

Das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft — Hauptkraft der demokratischen Volksbewegung

Je geeinter und entschlossener die Arbeiterschaft handelt, desto größer wird ihr Einfluß auf die anderen Klassen und Schichten sein, mit denen sie sich im Kampf für Frieden und Demokratie verbünden muß. Die Arbeiterklasse wird ihrer geschichtlichen Verantwortung und führenden Rolle dadurch gerecht, daß sie mit der Kraft ihrer Organisationen die Interessen ihrer Verbündeten vertritt und ihnen Unterstützung gewährt.

Nächst der Arbeiterklasse ist die Bauernschaft die bedeutendste gesellschaftliche Kraft des Volkes. Die Sache des Friedens, der Demokratie und des sozialen Fortschritts kann nur siegen, wenn die Arbeiterklasse und die Bauernschaft gemeinsam handeln. Sie sind die beiden wichtigsten produktiven Klassen der Nation. Gemeinsam unterliegen sie der Ausplünderung durch das Monopolkapital. Immer mußten sie in imperialistischen Kriegen die höchsten Blutopfer bringen. Ihr Bündnis gründet sich auf die Übereinstimmung ihrer elementaren Interessen, die sie nur durchsetzen können im Kampf gegen den gemeinsamen Hauptfeind: Militarismus und Monopolkapital. Die Bauernschaft muß, will sie nicht untergehen, an der Seite der Arbeiterschaft für eine Politik des Friedens, der Demokratie und der deutschen Verständigung kämpfen.

Nachdem es dem Bonner Regime jahrelang gelungen war, das Dorf zu einer wichtigen Stütze seiner Herrschaft zu machen, ist die Bauernschaft unter dem Druck der EWG-Politik in Bewegung geraten. Nach den Plänen der EWG sollen noch etwa 800 000 Bauernwirtschaften verschwinden. Diese Politik und die Militarisierung haben es dahin gebracht, daß es für die Bauern nicht allein um bessere Lebensbedingungen geht, sondern um Sein oder Nichtsein.

Für die Sicherung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Existenz haben die Bauern bereits den Kampf aufgenommen. Ihr Protest richtet sich gegen den EWG-Agrarmarkt, gegen die Bonner Agrar- und Wirtschaftspolitik, die den Interessen des Monopolkapitals und des Großgrundbesitzes dient. Sie drängen auf die Durchführung des Landwirtschaftsgesetzes von 1955 entsprechend den bäuerlichen Interessen.

Die KPD kämpft für den Schutz der Landwirtschaft durch eine nationale Agrarpolitik. Unsere Partei fordert die sofortige Einstellung aller Maßnahmen, die dem Bauernlegen dienen. Wir Kommunisten setzen uns für die Erhaltung der bäuerlichen Betriebe ein. Das verfassungsfeindliche Landesbeschaffungs- und Bundesleistungsgesetz ist aufzuheben, die Beschlagnahme und Verwendung von Bauernland für militärische Zwecke ist zu verhindern. Kein Quadratmeter Bauernland darf zwangsversteigert werden. Wir unterstützen die Forderungen der Bauern und ihrer Organisationen nach einer die bäuerlichen Interessen schützenden Steuer- und Handelspolitik; Gewährung langfristiger Kredite zu höchstens drei Prozent Zinsen, besonders auch für Klein- und Mittelbauern; Einbeziehung der Altschulden in die Zinsverbilligung; Befreiung der Bauern von allen Zahlungen des Lastenausgleichs; Beibehaltung und Erweiterung der staatlichen Subventionen für ihre Betriebsmittel und Erzeugerpreise; Ausbau ihrer Sozialversicherung, Erhöhung des Altersgeldes, ausreichende Hilfe bei Invalidität und Unfällen. Das Landschulwesen, die Berufsausbildung und die dörflichen Gemeinschaftseinrichtungen zur Erleichterung der Arbeit der Bäuerinnen sind zu fördern.

Um ihre Betriebe zu modernisieren, sollten die Bauern verstärkt zur Bildung von Genossenschaften unter demokratischer Selbstverwaltung übergehen. Diese Genossenschaften zur gemeinsamen Nutzung der Maschinen, zum Einkauf ihrer Betriebsmittel und zum Absatz ihrer Produkte sollten echte Selbsthilfeorgane gegen den Druck der Monopole werden. Der Aufbau und die Entwicklung gemeinschaftlicher Einrichtungen sind aus staatlichen Mitteln zu fördern.

Für die Entwicklung ihrer genossenschaftlichen Bestrebungen wie für ihren politischen Weg können die Bauern viel von ihren Brüdern in der DDR lernen. Mögen sie sich selbst davon überzeugen, wie ihre Brüder und Schwestern an der Seite der Arbeiterklasse ihre Zukunft gesichert haben, wie sie in den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in demokratischer Selbstverwaltung arbeiten und sich ein besseres Leben aufbauen.

Die Arbeiterklasse darf sich nicht von der bauernfeindlichen Hetze verwirren lassen, die zum Schaden der gemeinsamen Sache von Arbeitern und Bauern auch von einigen Gewerkschaftsführern unterstützt wird. Das Monopolkapital und nicht die Bauern haben das Elend und den Hunger der Kriegs- und Nachkriegsjahre verschuldet. Das Finanzkapital, die Handelsmonopole senken die Erzeugerpreise für die Bauern und stecken gleichzeitig die Profite der steigenden Verbraucherpreise in ihre Taschen. Nur die Monopolherren profitieren davon, wenn sich Arbeiterklasse und Bauernschaft gegeneinander ausspielen lassen. Die Arbeiter und ihre Gewerkschaften sollten darum die besten Kampfgefährten der Bauern sein. So wird verhindert, daß die Bauernschaft zum Opfer neofaschistischer Demagogen und zu einer Stütze für ihre imperialistischen und militaristischen Feinde wird. So wird die Arbeiterklasse erreichen, daß die Bauernschaft ihre große Kraft an der Seite der Arbeiter zugunsten des Friedens und der Demokratie einsetzt.

Das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Intelligenz und dem Mittelstand

Arbeiterklasse und Intelligenz sind durch gemeinsame humanistische Ideale, durch das gemeinsame Streben verbunden, den Frieden zu sichern, Bildung, Wissenschaft und Kunst zum Wohle des Volkes zu fördern. Sie sehen ihre Ideale durch einen gemeinsamen Feind, die Militaristen, bedroht. Die sinnlose Atomrüstung verschlingt die Gelder, die Volksbildung und Wissenschaft dringend benötigen. Die akute Notlage des Schulwesens der Bundesrepublik ist eine bittere Anklage gegen den kulturfeindlichen Kurs der Politiker der Stärke. Im Zeichen der psychologischen Kriegsführung werden Schule und Kultur immer stärker dem Ungeist des Militarismus und der Revanchehetze unterworfen, wird ein Klima des Gewissenszwangs und des Gesinnungsterrors geschaffen.

Die KPD tritt gemeinsam mit den Gewerkschaften und breiten Teilen der Intelligenz für eine grundlegende Umgestaltung des Schulwesens, für die großzügige Förderung der friedlichen Zwecken dienenden Wissenschaft und Forschung, für die freie Entfaltung des humanistischen künstlerischen Schaffens ein. Durch Herabsetzung der Rüstungsausgaben werden die Mittel frei für den Bau neuer Schulen, Universitäten und Forschungsinstitute; für die Beseitigung der Elendsschulen auf dem Lande; für die Erhöhung der Lehrerschaft und die Senkung der Klassenfrequenzen; für die allgemeine Einführung der zehnjährigen Mittelschulbildung; für Studienbeihilfen und Stipendien an die Kinder der Werktätigen. Die KPD unterstützt die Forderungen der Studen-

tenschaft nach sozialen Einrichtungen in eigener Verantwortung. Die KPD wendet sich entschieden gegen die Vergiftung der heranwachsenden Generation durch Revanchehetze und ein verfälschtes Geschichtsbild und gegen die konfessionelle Aufspaltung der Schule. Sie fordert die Erziehung der Jugend im Geiste des Friedens und der Freundschaft mit allen Völkern, des Humanismus und der Aufgeschlossenheit für wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt.

Viele Geistesschaffende der Bundesrepublik haben im Ringen gegen die Atomrüstung, gegen die Zerstörung der Grundrechte, gegen Neofaschismus, für Frieden und Verständigung, für ein fortschrittliches Schul- und Hochschulwesen Bedeutendes geleistet. Aber breite Teile der Intelligenz erkennen noch nicht, welche furchtbare Gefahr für Kultur und Leben die militaristische Gewaltpolitik heraufbeschwört. In unserer Zeit, da die Anwendung der Erkenntnisse wissenschaftlicher Forschung über das Schicksal des Volkes mitbestimmt, trägt die Intelligenz eine hohe Verantwortung, muß sie sich für den Frieden, für das Leben entscheiden.

Die KPD tritt für ein enges Bündnis der Arbeiterklasse mit der Intelligenz ein. Die Arbeiterschaft und ihre Gewerkschaften sollten sich für die Belange der Ingenieure und Techniker einsetzen, die Bestrebungen der Geistes-schaffenden für Frieden und Geistesfreiheit unterstützen und den Widerstand der fortschrittlichen Intelligenz gegen militaristischen Ungeist und klerikale Bevormundung zu ihrem eigenen Anliegen machen. Es ist eine kulturpolitische Aufgabe der Arbeiterbewegung, das Schaffen humanistischer Künstler zu fördern und ihren Werken Resonanz zu verleihen. Fortschrittliche Elternvertreter und Gewerkschafter sollten in den Schulausschüssen und Pflegschaften, in allen Bildungseinrichtungen einer demokratischen Kulturpolitik den Weg bahnen. So wird die Arbeiterklasse der Intelligenz beweisen, daß ihre materielle und geistige Zukunft bei den Arbeitern in guten Händen ist.

Gemeinsame Interessen verbinden auch Arbeiterklasse und städtische Mittelschichten. Die große Mehrzahl der Handwerksbetriebe verliert durch die drückende Besteuerung, die hohe Verschuldung an die Banken und die Unterwerfung unter das Preisdiktat der Monopole immer mehr ihre Bewegungsfreiheit. Der Anteil der 400 000 Einzelhandelsgeschäfte am Gesamthandels-umsatz geht ständig zurück. Ihr Protest gegen die Mittelstandsfeindlichkeit der Regierungspolitik verdient und braucht die Unterstützung der Arbeiter-klasse. Die KPD setzt sich für die von den Mittelschichten erhobenen Forde-rungen ein, vor allem für zinsniedrige, langfristige Kredite; für die Beseitigung bzw. Ermäßigung der Umsatzsteuer für mittelständische Betriebe; für Herauf-setzung des Freibetrages bei der Einkommensteuer; für die Förderung mittel-ständischer Selbsthilfemaßnahmen durch den Staat; für die Ausdehnung des Sozialversicherungsschutzes auf die Angehörigen des Mittelstandes.

In ihren Bemühungen um eine friedliche Alternative berücksichtigt die Arbeiterklasse auch die zunehmenden Widersprüche und die Differenzierung innerhalb der Bourgeoisie. Kreise der nichtmonopolistischen Bourgeoisie sind an der Entwicklung der Friedenswirtschaft und des Massenkonsums, an bes-seren Handelsbeziehungen mit den sozialistischen Ländern interessiert. Sie neigen zu einer realistischen Einschätzung des Kräfteverhältnisses in der Welt. Selbst innerhalb des Großkapitals gibt es Kräfte, denen angesichts der politi-schen Realitäten der Kurs des „letzten Risikos“ als ein allzu gefährliches Spiel mit dem Feuer erscheint.

Für das Zusammenwirken aller friedliebenden nationalen Kräfte des Volkes

Als konsequente Verfechterin der nationalen Interessen nimmt die KPD, wo immer das Volk für seine friedlichen und demokratischen Ziele kämpft, aktiv an diesem Kampf teil. Im Ringen um die gemeinsamen Ziele stellen die Kommunisten für das Zusammenwirken mit Menschen und Gruppen anderer politischer und weltanschaulicher Überzeugungen keinerlei Vorbedingungen.

Das Zusammenwirken der Volkskräfte erfordert die Gleichberechtigung aller Personen und Organisationen. Keiner kann mehr, keiner weniger Rechte und Pflichten haben, sei er nun Sozialdemokrat oder Kommunist, Christ, Liberaler oder Pazifist. Wenn wir Kommunisten erklären, daß die Führung der Bewegung bei der Arbeiterklasse liegen wird, so ist das die Feststellung einer geschichtlichen Erfahrung, nicht aber eine Bewertung von Personen oder Gruppen innerhalb des Bündnisses der Volkskräfte. Mögen die besten Männer und Frauen, mögen die demokratischen Organisationen aller Klassen und Schichten des Volkes eine hervorragende Rolle spielen und miteinander wetteifern in der höchsten Leistung für die gemeinsame Sache, möge sich so die Volksbewegung und ihre Führung im Kampfe für die gemeinsamen Ziele entwickeln!

Der Widerstand des Volkes gegen die Gefährdung seiner Rechte und seines Lebens entfaltet sich in vielfältigen Formen, auf der Grundlage der Gewerkschaften und innerhalb der sozialdemokratischen Bewegung, im Bauernverband und in Notgemeinschaften des Landvolkes, in Kreisen der Geistschaffenden und an den Universitäten, unter evangelischen und katholischen Geistlichen und Laien, in den Organisationen und Gruppen der Jugend und der Frauen, in der Ostermarschbewegung der Atomwaffengegner und anderen Friedensorganisationen. Das Streben nach einer Alternative zur „Politik der Stärke“ findet seinen Ausdruck auch in der Deutschen Friedens-Union, die sich die Aufgabe der Sammlung von Anhängern einer Politik der Verständigung und der Neutralität stellt.

Die Bedingungen des Kampfes gegen die Militaristen stellen alle friedliebenden, demokratischen Organisationen und Gruppierungen vor die Notwendigkeit, die eigene Aktivität zu erhöhen und bei Wahrung ihrer Selbständigkeit und ihrer besonderen Ziele vereint zu schlagen.

Die Verfechter der „Politik der Stärke“ verkörpern eine Konzentration der friedensfeindlichen, antidemokratischen und antinationalen Kräfte. Umso zwingender fordern die Lebensinteressen des Volkes das Zusammengehen und die Zusammenarbeit, ein umfassendes Bündnis, eine breite nationale Koalition aller friedliebenden Kräfte. So wird die Volksbewegung erstehen, die die friedliche Alternative zur Politik der Gewalt Wirklichkeit werden läßt.

Es wird die erste Aufgabe der einig handelnden Volkskräfte sein, das heiligste Recht der Nation, das Lebensrecht auf Frieden zu verteidigen. Sie werden die Sicherheit erstreben, daß von deutschem Boden kein neuer Krieg ausgehen kann. In der Erkenntnis, daß die Erhaltung des Friedens Voraussetzung der Wiedervereinigung ist, wird die Volksbewegung für die friedliche Koexistenz der beiden deutschen Staaten und für Abrüstung eintreten. Sie wird auf dem Boden des Grundgesetzes stehen und seine demokratischen Prinzipien verteidigen.

Der Kampf der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften, die Aktionen des Volkes werden sich in vielfältigen Formen entwickeln und damit einen immer stärkeren Einfluß auch auf die Haltung der Abgeordneten im Parlament ausüben. Eine starke Volksbewegung kann auch geplante Anschläge der Regierung gegen die Volksinteressen und den Frieden verhindern. Eine kraftvolle Massenbewegung wird in der SPD die Kräfte stärken, die für eine friedliche und demokratische Alternative eintreten, und im bürgerlichen Lager die Anhänger einer Politik der Vernunft ermutigen; sie wird Freunde und Mitstreiter auch in den Fraktionen der SPD und anderer Parteien gewinnen. Getragen von außerparlamentarischen Bewegungen werden auch solche Persönlichkeiten in das Parlament einziehen, die ihrer Verantwortung als Vertreter des Volkswillens gerecht werden. Im Ergebnis des Kampfes der Arbeiterklasse und des Volks wird sich das Kräfteverhältnis in der Bundesrepublik verändern, werden die extrem militaristischen Kreise zurückgedrängt und die Voraussetzungen für eine neue Politik geschaffen werden. So wird auch der Weg eröffnet zu einer Regierung unter Ausschluß der Politiker der Revanche und des Notstands, einer Regierung aus Sozialdemokraten, Gewerkschaftern und bürgerlichen Friedensanhängern, die dem Kurs des „letzten Risikos“ absagt und bereit ist, Schritte auf dem Weg der Entspannung und Verständigung, der Versachlichung der Beziehungen zur DDR und der friedlichen Koexistenz zu tun und die verfassungsmäßigen Rechte des Volkes zu achten und zu schützen.

Die künftige Entwicklung der Volksbewegung gegen Militarismus und Monopolherrschaft, für die Umgestaltung der Bundesrepublik zu einem demokratischen und sozialen Friedensstaat

Die KPD gibt ihrer Überzeugung Ausdruck, daß sich eine Volksbewegung für die Rettung des Friedens und für den Schutz der verfassungsmäßigen Rechte mit ihren wachsenden Erfahrungen, ihrem festeren Zusammenschluß und ihrer gesteigerten Kampfkraft höhere und weitergehende demokratische und nationale Ziele setzen wird. Im Verlauf dieses Kampfes wird der Arbeiterklasse und breiten Volksschichten immer klarer werden, daß das entscheidende Hindernis jeglichen Fortschritts der Militarismus und die hinter ihm stehende Macht des Monopolkapitals ist. Durch seine eigenen Lebens- und Kampferfahrungen wird sich das Volk davon überzeugen, daß der Gegensatz zwischen den Lebensinteressen der Nation und den Profit- und Machtinteressen der Monopole unüberbrückbar ist.

So wird die Bewegung des Volkes hinüberwachsen in den Kampf um die Entmachtung des Militarismus und des Monopolkapitals, für eine vom Volke getragene friedliche und demokratische Ordnung. Die Entwicklung und Stärkung der Arbeitereinheit, das Bündnis aller Volkskräfte und ihr Kampf wird auch zu einer grundlegend veränderten Zusammensetzung und Funktion des Parlaments, zu einer Volksregierung führen.

Die aus der Volksbewegung gegen Militarismus und Monopolherrschaft hervorgehende friedliche und demokratische Ordnung wird von den Klassen und Schichten getragen sein, die die überwältigende Mehrheit des Volkes bilden: von der Arbeiterklasse, den Bauern, den Geistesschaffenden, den städtischen Mittelschichten und den friedliebenden Kreisen der Bourgeoisie.

Die KPD gibt ihrer Überzeugung Ausdruck, daß diese Ordnung sich auf das Grundgesetz stützen und die Kluft beseitigen muß, die gegenwärtig zwischen den demokratischen Forderungen der Verfassung und den realen politischen Verhältnissen besteht. Jede demokratische Aktivität der Bürger im öffentlichen und staatlichen Leben wird gefördert, dem Einfluß des Großkapitals auf Staat und Politik, auf die Organe der öffentlichen Meinungsbildung ein Ende gesetzt werden. So wird ein wahrhaft demokratischer Staat entstehen, der das Prinzip verwirklicht: Mit dem Volk, durch das Volk, für das Volk!

Die KPD tritt dafür ein, daß in einer solchen neuen demokratischen Ordnung tiefgreifende soziale Umgestaltungen verwirklicht werden, um die großkapitalistischen Monopole an der Wurzel ihrer Macht zu treffen. Diese Ordnung wird die gesellschaftlichen Reformen durchführen, die nach 1945 von der großen Mehrheit des Volkes gefordert wurden, die im Grundsatzprogramm der Gewerkschaften proklamiert und auch in einigen Länderverfassungen niedergelegt sind. Die großen Konzerne in der Industrie, im Bank- und Versicherungswesen werden nationalisiert und einer demokratischen Leitung und Kontrolle unterstellt. Entsprechend den Forderungen der Gewerkschaften wird den Arbeitern und Angestellten, ihren Betriebsräten und Gewerkschaften das volle Mitbestimmungsrecht in Betrieb und Wirtschaft gesichert.

Diese demokratischen und sozialen Umgestaltungen werden eine stabile, aufsteigende Friedenswirtschaft schaffen, den Arbeitern und Bauern, den Geistesschaffenden, Handwerkern und Gewerbetreibenden, den kleinen und mittleren Unternehmern wirtschaftliche und soziale Sicherheit, einen steigenden Lebensstandard, gleiche Bildungs- und Aufstiegschancen gewähren.

Die Überwindung des Militarismus und der Monopolherrschaft wird die Bundesrepublik zu einem echten Friedensstaat gestalten. Die gesamte Außenpolitik wird sich auf die Prinzipien der friedlichen Koexistenz, auf das Streben nach Abrüstung gründen. Die Bundesrepublik wird die volle Souveränität und das Recht der Selbstbestimmung erlangen. Innerhalb einer deutschen Konföderation wird sie alles tun, um die Annäherung an die DDR zu fördern.

Mit der Überwindung des Militarismus und Imperialismus, mit der Entmachtung des Monopolkapitals in der Bundesrepublik wird das Hindernis beseitigt, das der Wiederherstellung der staatlichen Einheit des deutschen Volkes im Wege steht.

Zwischen einer friedlichen und demokratischen Bundesrepublik und dem sozialistischen Friedensstaat der Arbeiter und Bauern, der Deutschen Demokratischen Republik, wird es keine einer Wiedervereinigung entgegenstehenden politischen Schwierigkeiten mehr geben. So wird das vom ganzen deutschen Volk ersehnte hohe nationale Ziel der Wiedervereinigung verwirklicht werden.

Die KPD ist davon überzeugt, daß sich die Arbeiterklasse und die große Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung, gestützt auf die Erfahrungen und Ergebnisse ihres Kampfes und angespornt durch das Beispiel der sozialistischen DDR, für den Sozialismus entscheiden werden.

Die KPD tritt für den friedlichen Weg der sozialistischen Umwälzung in der Bundesrepublik ein. Die Möglichkeiten dafür wachsen mit der Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus in der Welt und in Deutschland. Wir Kommunisten waren niemals Anhänger der Gewalt. Da die

herrschenden Klassen jedoch ihre Macht nicht freiwillig abtreten, werden die Härte und die Formen des Klassenkampfes nicht so sehr von der Arbeiterklasse, wie vom Widerstand und der Gewaltanwendung der reaktionären Kreise gegen das Volk abhängen.

Das werktätige Volk der Bundesrepublik wird den Weg des Sozialismus gehen, weil nur so der unheilvolle kapitalistische Kreislauf von Konjunktur und Krise beendet und die Ursachen der Gewalt- und Eroberungspolitik für immer beseitigt werden können. Es wird den Kapitalismus, der zum Hemmnis des gesellschaftlichen Fortschritts geworden ist, überwinden und die gewaltigen Möglichkeiten nützen, die aus der Entwicklung der modernen Wissenschaft und Technik erwachsen. So wird auch die nationale Frage unseres Volkes endgültig gelöst und seine Zukunft in Freiheit und Glück gesichert werden.

IV.

Die Arbeiterklasse, das Volk brauchen eine starke legale KPD

Die Kommunistische Partei Deutschlands weist der Arbeiterklasse und der ganzen Bevölkerung der Bundesrepublik den Weg zu Frieden und Demokratie, zu sozialem Fortschritt und nationaler Wiedervereinigung. Die Lehre des Marxismus-Leninismus, zu der sich Millionen in der ganzen Welt bekennen, befähigt die KPD, den Werktätigen der Bundesrepublik eine wissenschaftlich begründete Orientierung im Kampfe um ihre nächsten friedlichen und demokratischen Lebensinteressen wie auch im Kampfe um das sozialistische Ziel zu geben.

Als marxistisch-leninistische Partei pflegt die KPD das Vermächtnis der deutschen Arbeiterbewegung, des nunmehr 115jährigen Kampfes seit der Verkündung des „Kommunistischen Manifestes“ durch Karl Marx und Friedrich Engels. Sie setzt gemeinsam mit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands die großen Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung im Kampfe gegen Militarismus und Krieg, für Frieden, Demokratie und Sozialismus, für die wahren Interessen der Nation fort. Gemeinsam mit der SED ist die KPD Erbin der Ideen und des Wirkens von Karl Marx und Friedrich Engels, von Wilhelm Liebknecht und August Bebel, von Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Ernst Thälmann. Sie pflegt die fortschrittlichen, humanistischen, demokratischen Traditionen unseres Volkes.

Die Kommunistische Partei Deutschlands ist ein unlösbarer Teil der Arbeiterklasse. Ihr ganzes Streben, ihre gesamte Tätigkeit dient der Arbeiterschaft und dem Volke. Alles für das Volk — das ist das oberste Gesetz ihres Handelns, das ist das erste Gebot für jede Parteiorganisation und für jeden Kommunisten. Die Stärke der Partei liegt in ihren Verbindungen zu den Arbeitern, zu den werktätigen Massen. Deshalb ist der Prüfstein für die Arbeit aller Parteieinheiten, aller Kommunisten ihre Tätigkeit unter den Werktätigen im Betrieb und in der Gewerkschaft.

Wo die Arbeiter und die anderen Werktätigen um Klarheit ringen, wo sie ihr Recht verteidigen, dort muß die Partei Antwort geben, dort müssen die Kommunisten den Werktätigen helfen, den besten Weg zu finden.

Die Verantwortung eines jeden Kommunisten in der Bundesrepublik erfordert:

- in den ersten Reihen gegen Atomrüstung und Militarismus, gegen Revanche- und Kriegshetze, für Frieden und friedliche Koexistenz zu kämpfen;
- jedem Angriff auf die demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes entgegenzutreten und sich als vorbildlicher Kämpfer für die Demokratie zu bewähren;
- stets mutig und selbstlos die sozialen Interessen der Arbeiter und Angestellten, aller Werktätigen zu verfechten;
- ein enges Vertrauensverhältnis zu seinen sozialdemokratischen Genossen und Gewerkschaftskollegen herzustellen, überall für die Aktionsgemeinschaft mit den sozialdemokratischen, parteilosen und christlichen Werktätigen zu wirken;
- die Arbeiterklasse über die Rolle der Deutschen Demokratischen Republik und ihre Errungenschaften aufzuklären, die Kampfgemeinschaft mit der SED zu stärken, sich stets für die Zusammenarbeit der Arbeiterorganisationen beider deutschen Staaten einzusetzen;
- alles zu tun, um das Bündnis der Arbeiterklasse mit den Bauern, das Zusammenwirken aller friedliebenden Kräfte zu fördern;
- sich stets als Vorkämpfer für die Gleichberechtigung der Frau, für die Rechte und die glückliche Zukunft der jungen Generation zu erweisen;
- die Einheit und Geschlossenheit der Partei zu hüten und ihre Reihen durch die Werbung neuer, besonders junger Mitglieder zu stärken;
- das Banner des proletarischen Internationalismus hochzuhalten, die brüderliche Verbundenheit mit der Partei Lenins, der KPdSU, und allen kommunistischen und Arbeiterparteien zu festigen.

Die Kommunistische Partei Deutschlands sieht ihre Aufgabe darin, das politisch-ideologische Niveau ihrer Mitglieder und Funktionäre zu erhöhen, die Ideen des Marxismus-Leninismus zu verbreiten, das Klassenbewußtsein der westdeutschen Arbeiter zu heben.

Die KPD kämpft gegen die zersetzenden Einflüsse der reaktionären bürgerlichen Ideologie in der Arbeiterbewegung, gegen jeden Opportunismus und Revisionismus. Der Revisionismus sucht die kommunistische Bewegung vom marxistisch-leninistischen Weg abzubringen. In der Bundesrepublik ist er bestrebt, Mißtrauen gegen die DDR in die Reihen der Partei zu tragen, die unlös- bare Verbundenheit der Kommunisten mit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu zerstören. Er leugnet die Rolle der KPD und sucht sie als marxistisch-leninistische Vorhut der westdeutschen Arbeiterklasse auszu- schalten. Ebenso entschieden wendet sich die Partei gegen den Linksoportu- nismus, gegen Dogmatismus und Sektierertum, die die breite Entfaltung der Arbeit unter den werktätigen Massen hemmen. Der Linksoportunismus ver- birgt sich hinter scheinradikalen Phrasen und weicht den wirklichen Kampf- aufgaben aus. Dogmatismus und Sektierertum hemmen besonders die Zusam- menarbeit mit der Masse der Sozialdemokraten und erschweren es, eine dem

Bewußtseinsstand der Werktätigen entsprechende Überzeugungsarbeit zu leisten und neue, bewegliche Formen der Massenarbeit anzuwenden.

Die KPD ist aufs engste mit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands verbunden, sie lernt aus ihren reichen Erfahrungen und Leistungen. Durch die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien wurde auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik das Streben der Besten der deutschen Arbeiterklasse nach einer einheitlichen marxistischen Partei, das Vermächtnis der kommunistischen und sozialdemokratischen Widerstandskämpfer gegen die Nazibarbarei verwirklicht. In der SED kämpfen heute Zehntausende ehemaliger Funktionäre und Mitglieder der SPD gemeinsam mit den früheren Mitgliedern und Funktionären der KPD einheitlich auf dem Boden des Marxismus-Leninismus. Politik und Tätigkeit der SED dienen der ganzen deutschen Arbeiterklasse. Sie helfen den Werktätigen und allen friedliebenden Kräften der Bundesrepublik im Kampf für ihre eigenen Interessen. Alles, was die SED tut, geschieht für die Zukunft der ganzen deutschen Arbeiterklasse, des ganzen deutschen Volkes.

Die Politik der KPD beruht auf den Prinzipien des proletarischen Internationalismus. Sie läßt sich von dem alten Kampfruf der Arbeiterbewegung leiten: Proletarier aller Länder, vereinigt euch! Die KPD ist ein Teil der großen Gemeinschaft der kommunistischen und Arbeiterparteien, die auf einem Drittel der Erde zur leitenden Kraft geworden sind und die stärkste politische Bewegung in der Welt bilden. Die KPD sieht in der KPdSU die erprobte Vorhut der internationalen kommunistischen Bewegung. Die Beschlüsse des XX. und XXII. Parteitagess der KPdSU sind ein Beispiel der schöpferischen Anwendung des Marxismus-Leninismus auf die Arbeiterbewegung unserer Zeit. Die gesamte Politik der KPdSU ist ein Vorbild der Treue zu den gemeinsamen Beschlüssen der Moskauer Beratungen von 1957 und 1960. Alle ihre Anstrengungen gelten der Festigung der Einheit des sozialistischen Lagers und der kommunistischen Weltbewegung, der Stärkung der brüderlichen Beziehungen der kommunistischen und Arbeiterparteien. Ihr unversöhnlicher Kampf gegen den Imperialismus, ihre konsequente und elastische Politik des Friedens, für friedliche Koexistenz und Abrüstung, die selbstlose Hilfe für den nationalen Befreiungskampf der Völker, ihre Solidarität mit der internationalen Arbeiterklasse verleihen den Ideen des Kommunismus weltweite Anziehungskraft.

Die KPD setzt sich mit ganzer Kraft für die Einheit und Geschlossenheit der kommunistischen Weltbewegung, für die Verwirklichung der Beschlüsse der Beratungen von 1957 und 1960 ein. Sie arbeitet auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und der gemeinsam gefaßten Beschlüsse ihre Politik entsprechend den Bedingungen in der Bundesrepublik selbständig aus.

Die gesamte Entwicklung der letzten Jahre zeigt, wie notwendig die Arbeiterklasse und die ganze friedliebende Bevölkerung der Bundesrepublik eine legale, in voller Freiheit wirkende Kommunistische Partei Deutschlands brauchen. Zur Unterdrückung und Verfolgung der Kommunistischen Partei greift die militaristische, großkapitalistische Reaktion immer dann, wenn sie einen Krieg vorbereitet, wenn sie den Arbeitern und dem Volke jedes Recht, jede Freiheit rauben will. So war es unter der Nazidiktatur und so ist es heute. Die militaristische Reaktion wollte mit dem Verbot der KPD die konsequenteste Kraft des Widerstandes gegen die Atomrüstung, gegen die wahnwitzige Kriegspolitik ausschalten. Sie wollte die selbstlosesten Kämpfer für die Freiheit und das Wohl des Volkes mundtot machen.

Aber die Kommunistische Partei Deutschlands kann man nicht ausschalten. Sie lebt und kämpft, trotz Verbot und Terror. 1923 wurde die KPD in die Illegalität gedrängt. 1933 wurde die KPD verboten. Die faschistische Reaktion versuchte, die Kommunisten, die gesamte Arbeiterbewegung mit grausamem Terror zu vernichten. Heute aber werden die Ideen der Kommunisten, die Ziele der Arbeiterbewegung auch auf deutschem Boden zum Siege geführt. Der Kampf um die Aufhebung des widerrechtlichen Verbots unserer Partei, für die volle Freiheit des Wirkens der KPD ist ein unabdingbarer Bestandteil des Ringens um die demokratischen Volksrechte, eine Sache aller Arbeiter, aller demokratisch gesinnten Menschen.

Die Stärkung der Reihen der Kommunistischen Partei Deutschlands liegt im Interesse der Arbeiterklasse und des Volkes. Arbeiter und Werktätige, besonders junge Menschen, die zu der Überzeugung gelangt sind, daß die KPD konsequent und selbstlos die Sache des Volkes vertritt, gehören in die Reihen unserer Partei. Je stärker die Kommunistische Partei Deutschlands, desto stärker ist die Arbeiterklasse, desto mächtiger ist das werktätige Volk. Je stärker die Kommunistische Partei Deutschlands, desto besser steht es um die Sache des Friedens, der Demokratie und des sozialen Fortschritts in der Bundesrepublik, desto eher wird das Volk siegen.

